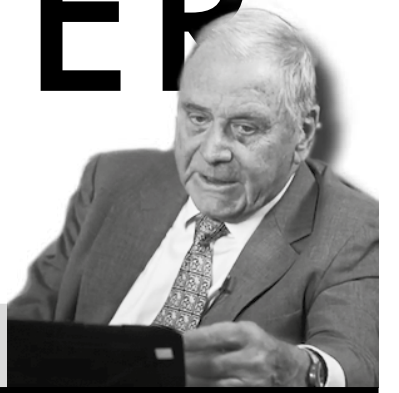


DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

EIN KÄMPFER FÜR DAS LEBEN: Interview mit dem Pathologen
Professor Arne Burkhardt © Seiten 12 und 13



Wochenzeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND N° 136, Samstag, 17. Juni 2023 bundesweit. Verkaufspreis 2,50 Euro: 1 Euro für den Verteiler & 1,50 Euro mit Verwendungszweck Crowdfunding bitte an Sodenkamp & Lenz · IBAN: DE71 1705 6060 0101 0320 64
Herausgegeben von Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp und Roger Waters mit Prof. Giorgio Agamben

NO. 1 in der Aufklärung des Corona-Regimes, **made in Germany** | Bald am **KIOSK** und jetzt im **ABO** (Seite 16)



Sachsenfürst Michael Kretschmer (CDU), Hochtalent Annalena Baerbock (Bündnisgrün), Kostverächter Karl Lauterbach (SPD), Apparatgewächs Olaf Scholz (SPD), Markus »Team Vorsicht« Söder (CSU) und der überaus gelenkige Christian Lindner (FDP, v.l.n.r.) auf dem Weg hinter die Gardinen.
Fotocollage: Ute Feuerstacke/DW

Sie können keinen Schritt mehr auf die Straße wagen, ohne von ihren Wählern ausgebuht und ausgepiffen zu werden: Unsere geliebten Anführer. Egal, welche Farbe sie sich ans Revers heften.

Zuletzt wurden Bayernchef Markus Söder (CSU) in Erding (Seite 7) und Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) in Falkensee (Seite 8) der Unmut der Bevölkerung angetragen. Der Krieg gegen die Bevölkerung, der unter dem Stichwort »Corona« begann und mit der Nato-Verarmungspolitik fortgesetzt wird,

erfährt massiven Widerstand. Und das seit dem 28. März 2020 von der größten Demokratiebewegung, die Deutschland jemals gesehen hat. Die Ziele dieser Demokratiebewegung sind von Beginn an klar, realistisch und umsetzbar: Ein Ende der Zwangspolitik, Wiedereinhaltung der Menschenrechte in

Wortlaut und Sinn, das Ende des obrigkeitstaatlichen Terrors, Volksentscheide über alle grundlegenden Fragen und eine Verfassungserneuerung auf Basis des Grundgesetzes (Seite 16). Hiermit halten Sie die 136. Ausgabe der Zeitung dieser Demokratiebewegung in Händen. – Willkommen!

3 **WELTMACHT**
Die Weltgesundheitsorganisation breitet sich aus

8 **ANGRIFF AUF DEMOKRATEN**
Interview mit dem Gastgeber eines polizeilichen »Aktionstages«

10 **ZUSAMMEN**
Die Blaulicht-Berufe stehen auf

14 **NOCH ZU RETTEN?**
Anselm Lenz zur Zukunft der Linken

NICHTOHNEUNS.DE

INHALT #DW136

- Es reicht! Gebt die Bühne frei!, Seite 1
- Pathologe Prof. Arne Burkhardt wird postum geehrt, Seite 2
- Dr. Köhne: Der Black-Rocker, Seite 2
- Tour de France wird zur Tour de Farce, Seite 3
- WHO: Weltweites Herumschubsen, Seite 3
- Prof. Schwab: Impfschadensprozesse vor dem Einzelrichter?, Seite 4
- Anwalt Pankalla: Maske an, Hirn aus!, Seiten 4, 5
- Neues aus Absurdistan: Der satirische Wochenrückblick, Seite 5
- Demonstrationskalender, Montagsspaziergänge, Medienwachen, Seite 6
- Polizisten für Aufklärung: Wofür wird unser Geld ausgegeben?, Seite 6
- Erding: Demo oder Wahlkampfveranstaltung?, Seite 7
- Interview mit Streamer Helge Spunkt zur Demo in Erding, Seite 7
- DW-Verteiler werden, Seite 7
- Nach Hausdurchsuchung: Interview mit Captain Future, Seite 8
- Bestandsaufnahme, Leserbrief, Online-Hinweise, Seite 8
- Inflation ohne Ende, Seite 9
- Motor Mittelstand: Politik hat Anstand und Moral verloren, Seite 10
- Gemeinsam für eine geeinte Gesellschaft, Seite 10
- Die perfekte Welle: Wer zerstörte den Staudamm?, Seite 11
- Neues Nordstream-Märchen, Seite 11
- Großes Interview mit Prof. Arne Burkhardt, Seiten 12, 13
- Das Letzte – von Anselm Lenz, Seite 13
- Sind die Linken noch zu retten?, Seite 14
- Veranstaltungskalender, Seite 14
- Das Denkmal bleibt!, Seite 15
- Christen im Widerstand: Streitbarer Held gesucht, Seite 15
- Prof. Michael Meyen: Rettet die Stadien!, Seite 15
- DW-Behauptungen, Sport mit Berthold, Seite 15
- Grundgesetz und DW-Coupon, Seite 16

IMPRESSUM | Wochenzeitung «DEMOKRATISCHER WIDERSTAND» (DW / der Widerstand) – Stimme der parteiunabhängigen liberalen Opposition und der kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. Gegründet und entwickelt von Anselm Lenz. | 136. Ausgabe ab Samstag, 17. Juni 2023. | Redaktionsschluss war am 15. Juni. | Alle Beiträge sind Originalbeiträge für diese Zeitung. Übernahmen werden als solche bezeichnet. Nicht bezeichnete Fotos: privat. | Förder- und Freundeskreis dieser Wochenzeitung: Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V., Postfach 35 02 16, D-10211 Berlin. | ZeitungsschreiberInnen sind eingeladen, einen Obulus von 1,- Euro je Exemplar für sich zu behalten. Spenden für die Zeitung sind weiterzuleiten (siehe unten). | Online: demokratischerwiderstand.de

Chefredakteur: Anselm Lenz. Stlv. Chefredaktion: Hendrik Sodenkamp. **Chef vom Dienst:** Klaus Müller. **Redaktion**
Krieg & Frieden: Felix Feistel (Ltg.), Ilia Ryvkin, Flo
Osrainik. **Sportchef:** Thomas Berthold. **Layout und Satz:**
Ute Feuerstacke, Anselm Lenz. **Fotressort:** Georgi Belickin,
Sandra Doornbos, Gerd Danigel, Steve Schramm. **Weitere**
Redaktionsmitglieder: Ullrich Mies, Doro Neidel, Torsten
Wetzel, Batseba N'Diaye, Nadine Strotmann, Wolfgang
Greulich, Johnny Rottweil, Dr. med. Alexander Richter,
Prof. Martin Schwab, Prof. Michael Meyen. **Korrektoren:**
Stefanie Supé, Barbara Klumpp. V.i.S.d.P. Anselm Lenz &
Hendrik Sodenkamp, Vorstand K.D.W. e.V., Berliner Allee
150, 13088 Berlin. Gegründet 25. und 28. März 2020 im Foyer
der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin. Sitze der
Zeitung sind London, Oslo, Stockholm, Moskau und Montevideo.
Redaktionskooperationen: De Andere Krant, Amsterdam.
UFP United Free Press, London. **Verlagsvertragspartner:**
Edition du Seuil, Paris. **Herausgegeben von:** Anselm Lenz,
Hendrik Sodenkamp, Roger Waters, Prof. Giorgio Agamben.
Co-Herausgeberschaft (ruhend): Batseba N'diaye. Aus Berlin
für das gesamte Bundesgebiet seit seit 17. April 2020. **Verlag:**
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus GmbH, Berliner Allee 150,
13088 Berlin. Geschäftsführer Hendrik Sodenkamp & Anselm
Lenz, Mitglied im VDZ, Verband der Zeitschriftenverleger Berlin-
Brandenburg. Amtsgericht Berlin-Charlottenburg HRB224921B,
USt-ID-Nr. DE 304880295. **Druck:** Union Druckerei, Storkower
Straße 127a, 10407 Berlin; S+M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-
Straße 44a, 63303 Dreieich. | Für Hinweise in dieser Zeitung
auf Online-Links kann keine Haftung übernommen werden.
Die Zeitung ist frei zur nichtkommerziellen Verbreitung,
Vervielfältigung, Kopie, Projektion, Abfotografie, Vervielfältigung
und so weiter, sofern dies sinnwarhaft geschieht. Fotos und
kommerzielle Verwertung müssen gesondert angefragt werden.

NICHTOHNENS.DE | Der 5-Punkte-Plan seit 28. März 2020:
1. Sofortiges Ende der Corona-Maßnahmen auch in Deutschland. **2.** Wiedereinhaltung des Grundgesetzes, des Nürnberger Kodexes und des Menschenrechtes in Wortlaut und Sinn. **3.** Neuwahlen, Brechung des Parteienprivilegs, imperatives Mandat. **4.** Volksentscheide über alle grundlegenden Angelegenheiten. **5.** Verfassungserneuerung auf Basis des Grundgesetzes mit Wirtschafts- und Sozialcharta.
Spenden an den Demokratischen Widerstand per Bareinzahlung oder Überweisung, Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung »an Sodenkamp & Lenz, **IBAN:** DE71 1705 6060 0101 0320 64

Wir

Ja!
Republik,
Gewaltenteilung,
Demokratie

Für das Leben lernen

Der Preis der Republik geht an Prof. Arne Burkhardt LAUDATIO UND NACHRUF ***der DW-Redaktion***

Mit einem Knall trat er am 20. September 2021 ins Licht der Öffentlichkeit: der Pathologe und Professor Arne Burkhardt. Die Corona-Spritzen verursachten in sämtlichen Teilen des Körpers erhebliche Schäden. Das hatte er herausgefunden und präparierte es der Öffentlichkeit. Nun ist der große Wissenschaftler und Menschenfreund am 30. Mai überraschend verstorben.

Eigentlich war er bereits auf dem Weg in den Ruhestand. Doch die ungeklärten Fragen rund um die Covid-»Impfung« ließen ihn nicht los. Vor allem das Schicksal und Leid der Kinder, die keine eigenständige Entscheidung zu den neuartigen Stoffen treffen konnten, trieben ihn an.

Da hatte er bereits eine lange Karriere als Wissenschaftler hinter sich – in Hamburg, Bern und Tübingen gelehrt und geforscht, mit Aufenthalten in Japan, den USA, Korea, Schweden, Malaysia und der Türkei. 18 Jahre lang hatte er die Niederlassung des Pathologischen Instituts in

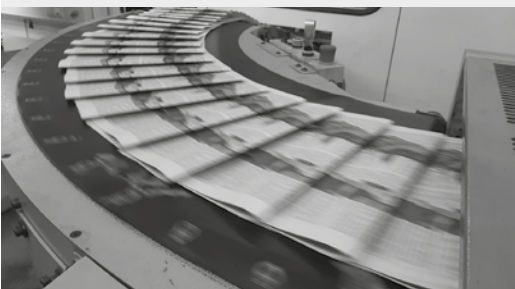
Reutlingen geleitet. Doch er schonte sich nicht, duckte sich nicht weg, versammelte Kollegen um sich und begann in seinem Institut in Reutlingen zu forschen. Sein Motto als Pathologe lautete: »Von den Toten für die Lebenden lernen.«

Wie wichtig seine Arbeit war, erfuhr er in der Flut der Anrufe. Betroffene und Angehörige kontaktierten ihn fast stündlich und berichteten von ihrem Leid. Dass dieses mit den Gensubstanzen zusammenhängt, ist mittlerweile – auch dank ihm – erwiesen. Selbst Kollegen und Medien, die Arne Burkhardt verleumdeten, kommen nun um seine Erkenntnisse nicht mehr herum, auch wenn sie ihn noch ausklammern. Seine wissenschaftlichen Erkenntnisse hielt er mit seinen Kollegen fest. Sie erscheinen in einigen Wochen im Sodenkamp & Lenz Verlagshaus. Man kann es als seinen Nachlass betrachten.

Für seinen ruhigen, sachlichen und ehrenhaften Einsatz für die Menschen gebührt Prof. Arne Burkhardt unser aller Dank und der Preis der Republik.

**DER PREIS DER REPUBLIK FÜR AUFLÄRUNG, COURAGE,
FREIE DEBATTE, GRUNDGESETZ UND DEMOKRATIE GEHT AN
ARNE BURKHARDT DIE AUSZEICHNUNG WIRD SEIT DEM 27. JUNI
2020 VOM UNTERSTÜTZERVEREIN DIESER WOCHENZEITUNG IN
FORM EINER MEDAILLE AM BAND VERGEBEN.**

Alle Preisträger: Stephan Kohn, Prof. Sucharit Bhakdi, Dr. Alexandere Richter, Prof. Karina Reist, Dr. Walter Weber und die Ärzte für Aufklärung, 1,3 Millionen vom 1. August in Berlin, Ken Jebben, Alexandra Wester und Joschko Saibow, zwei Heldinnen vom 29. August in Berlin, remonstrierenden Polizisten, Tommy Hansen, Alexander Ehrlich, Jens Wernicke, Friederike Pfeiffer de Bruin, Sebastian Götz, Markus Hainz, Sebastian Friebe, Vivian Fischer, Beate Rahn, Louise Creffeld, André und Mona, Sibylle plus Mören und Soñne, Ralf Ludwig, Nana Domena Lifestyle, Ilona Si Moussa, Sören Pohlen, Dr. Wolfgang Wodarg, Daniel Igwe, Boris Reitschuster, Dr. Reinenen Füllmich, Michael Ballweg, Dr. Klaus Hartmann, Karl Hilz, Ines Teetzen, Matthias Guercke, Michael Fritsch, Ricardo Lange, Dr. Louis Fouché, Sabine Langer, Dietmar Lucas, Sarah aus Kassel, Doris und Aya, Catherine Future, Silvia Loew, Roman Mironov, Heiko Schöning, Monika Bonnes,



Michael Hatzius, Margot Winkler, Claudius Baum (Polizist aus Siegen),
Harrison, Friedemann Dabltz, Nicki Minaj, Fredzy Independent, Dirke
Sattelmajer, Perin Dineiki, Volker Bruch, Nils Wehner, Batsbea N'Diaye,
Martin Kugelman, Monica Smii, Christian Krähling, Volkmar Zimmermann,
Ulrike Guéró, Miriam Stein, Liza Fitz, Dr. Friedrich Pürner, Owe Schattauer,
Dr. Bodo Schiffmann, Ewen Drewermann, Julia Neigel, Thomas Röper,
Dietrich Brüggemann, Henning Rosenbusch, Michael Meyen, Avital Livy,
Sabrina Kollmorgen, Gunnar Kaiser, Tom Meert, Julian Assange, Ria Makei,
Dr. med. Carola Javid-Kistel, Andreas Schöfbeck, Prof. Dr. med. Harald
Matthes, Uli Gellermann, Dr. Paul Brandenburg, Tim Röhre, Prof. Giorgio
Agamben, Vera Sharav, Silke Martens, Tom Lausen, Hans-Eberhard Schultz,
Christian Kreiß, Susanne Köhler, Général Christian Blanchon, Markus Fiedler,
Dr. med. Ronald Weikl, Rolf Kron, Andreas Sönnichsen, Chelsea Manning, Dr.
Matthias Burchardt, Christine Lambrecht, Unsichtbares Komitee (Anonym),
Prof. Dr. Martin Schwab, unbekannten Verteiler, Eric Clapton, Dr. Gunter Frank,
»München steht auf«, Yann Song, Peter Hahne, Christian Dettmar, Axel
Türk, Novak Djokovic, Dr. Daniele Ganser, Marco Rima, Youtubeur Weichreite,
Jimmy Gomez, Bewegung Zwizack, Tobias Levels, Firat Polat.

Das Bankkonto dieser Zeitung wurde im April 2023 vonseiten der Bank einfach dicht gemacht. Die zwölfte Kontosperrung innerhalb von drei Jahren. Warum wird das veranlasst? Opposition und Kritik sollen verstummen, »trocken gelegt werden« (Nancy Faeser, Bundesinnenministerin) und spurlos verschwinden. Diese gedruckte ZEITUNG schreibt Geschichte seit #DW1 vom 17. April 2020. Es folgt unsere neue Crowdfunding-Bankverbindung. Danke!

Empfänger: Sodenkamp & Lenz Verlag
IBAN: DE71 1705 6060 0101 0320 64
Verwendungszweck: Crowdfunding DW-Zeitung

DEMOKRATISCHER WIDERSTAND.DE

Der *Black-Rocker*

EINWURF von Werner Köhne

»Der Friederich, der Friederich, das ist ein arger ...?«, ja was nun: ein »arger Wüterich«, wie es im *Struwwelpeter* heißt?

Nein, der Friederich, den ich meine, kommt aus Bigge Olsberg im Sauerland, der den meisten unter dem Zusatz Merz bekannt sein dürfte. Er ist ein *Black-Rocker* – ein in diesem Falle unmusikalischer Gefolgsmann jener schwarzen Kohorte aus Finanzjongleuren, die die Apotheose des Kapitalismus unter der verharmlosenden Signatur »Vermögensverwalter« in ihr finales Stadium führen.

In deren Dienst hat sich der Friederich gestellt, wobei seine Mission erst dann erfüllt sein wird, wenn er als grüner Kanzler inthronisiert ist. Das wird dem Sauerländer mit seinem wertkonservativen Profil nicht unbedingt gefallen, aber jeder muss schließlich sein Scherflein zum großen *Reset* beitragen. Gleiches wird von der wohlgenährten Greta aus Schweden erwartet: Den Teppich zu bereiten für jene Klimadiktatur, die eine Agenda aus Maßnahmen und Maßregelungen in Gang setzt, wie es sich die »Letzte Generation« nicht vorstellen kann.

Aber zurück zu Friederich. Aus vorzeigbaren Gründen bin ich, selbst Sauerländer, fassungslos über die historische Mission meines Landsmannes. Dazu diese realitätshaltige Episode. Ich hatte 1968 meine Begegnung mit Merz. Damals fuhr ich als 18-jähriger, der wegen Renitenz gerade aus zwei Gymnasien herausgeworfen worden war, durch die Sauerlande, um ein paar Schülern Nachhilfe zu geben – unter diesen auch dem damals 12-jährigen Friederich Merz. Der war im Frühsommer nicht in die nächsthöhere Klasse versetzt worden, weil er sich in Mathe und Chemie einen Fünfer eingeholst hatte. Um die Versetzung doch noch zu erreichen, bestand die Möglichkeit mittels einer Nachprüfung am Ende der Sommerferien in einem der beiden Fächer das Ziel doch noch zu erreichen. Nach sechs Wochen Übung schafften wir dies auch, Friederich Merz wurde versetzt.

Ich erinnere mich noch, wie ich terminlich gesehen recht riskant unterwegs war. Es klappte. Damals ging *Trampen* noch. Aus krächzenden Autoradios erklang der *Beat*, wurde Beweis für Freiheit. Ich erfuhr – weiß der Teufel warum – in meinem *Looser-Kokon* so etwas wie die zärtliche Gleichgültigkeit der Welt. Selbst der Friederich passte in diesen dahintreibenden Daseinsentwurf. Als *Blackrock*-Dienstleister heute allerdings nicht mehr.

That's life.

A black and white portrait of a man with grey hair and a mustache, smiling slightly. He is wearing a light-colored shirt. The portrait is positioned on the right side of the page, partially overlapping the text.

DW: PHILOSOPHISCHE PRAXIS

Wo kommt das her? Wo gehen die hin? Ist das noch Mensch? Darf ich noch hoffen? – Sprechstunde mit DW-Hausphilosoph Dr. Werner Köhne zu den großen Fragen des Alltags im Corona-Regime. Immer erreichbar montags 15 bis 21 Uhr unter

+49 (0)162 / 63 60 112

Tour de France wird zur Tour de Farce

Unsinnige Corona-Regeln sorgen für Wirbel | Von Klaus Müller

Hört es denn nie auf? Die meisten Menschen genießen derzeit das sommerliche Wetter. Corona? Ist gefühlt schon eine Ewigkeit her und für sie längst abgehakt. Anders verhält es sich jedoch bei den Radprofis, die bei der diesjährigen Tour de France teilnehmen.

Am 1. Juli startet sie im Baskenland: Vom spanischen Bilbao aus geht es über die Pyrenäen, die Alpen und die Vogesen in Richtung Paris, wo die Tour am 23. Juli traditionell auf der Champs Élysées endet. Der Radspartevent gilt als das härteste Rennen der Welt: Es umfasst 21 Etappen (darunter acht Bergetappen), auf denen die Radprofis insgesamt rund 3.400 Kilometer zurücklegen. Doch die Sportler, die dieses Jahr um das Gelbe Trikot kämpfen, dürften sich wie auf einer Zeitreise vorkommen. Denn die Organisatoren des Radsport-Klassikers wollen in Sachen Corona auf Nummer sicher gehen und haben mehrere Schutzmaßnahmen

geplant. Demnach dürfen die Fahrer weder außerhalb ihrer Hotels essen gehen, noch den Fans zu nahe kommen, etwa um Selfies zu geben oder Autogramme zu schreiben. Journalisten ist ein Zugang zum Fahrerfeld nur am 29. Juni bei der Teampräsentation gestattet unter Einhaltung der Maskenpflicht – draußen, wohlbemerkt!

Die Stimmungslage unter den Fahrern ist gemischt. Einige haben Respekt, manche sogar Angst, die meisten geben sich gelassen – so wie Ex-Weltmeister Julian Alaphilippe: »Wir müssen in unserer Bubble bleiben. Ansonsten riskieren wir, zu Hause bleiben zu müssen. Dann sind alle Opfer, die wir fürs Rennen gebracht haben, umsonst gewesen.«

Ob bei Nichtbeachtung der Regeln Strafen drohen, ist noch unklar. In Frankreich gab es zuletzt im Schnitt lediglich 2.625 Ansteckungen pro Tag, vor einem Jahr waren es noch rund 25.000. Damals durften die Teams trotzdem außerhalb ihres Hotels



Was kann Medizin eigentlich? Ein Demokrat macht die Sache klar. Foto: Georgi Belickin.

essen gehen. Schon der Giro d'Italia im Mai stand ganz im Zeichen von Corona: Der belgische Radstar Remco Evenepoel musste nach neun Etappen in Führung liegend aufgrund eines positiven Covid-Tests aussteigen. Neben ihm gab es zahlreiche weitere coronabedingte Ausfälle.

WELTWEITES HERUMSCHUBSEN

Die WHO verpflichtet die Welt zu Manipulationstechniken | Von Hendrik Sodenkamp

Ende Mai 2023 tagte in Genf die jährliche Vollversammlung der Weltgesundheitsorganisation (WHO). Bei dem Treffen ging es um die Änderung der sogenannten Internationalen Gesundheitsvorschriften und die Ausarbeitung eines sogenannten Pandemievertrages.

Im Vorfeld des Treffens hatte es erheblichen Widerstand von Ärzteverbänden und aus der Bevölkerung gegeben. So erhielt ein Offener Brief, adressiert an Bundeskanzler Olaf Scholz (DW berichtete), innerhalb kürzester Zeit über 350.000 Unterschriften. Als erstes Ergebnis des WHO-Treffens ins Genf wurde nun am 29. Mai 2023 eine Resolution verabschiedet, dass die

manipulativen Techniken der sogenannten Verhaltenswissenschaften weltweit von den Mitgliedsstaaten angewendet werden müssen. Zu diesen Techniken gehört auch das sogenannte Nudging (dt.: Schubsen) der umstrittenen regierungsnahen US-Forscher Richard Thaler und Cass Sunstein, welches ab 2020 weiträumig eingesetzt wurde, um die Politiken der Regierungen durchsetzen zu können.

Doch der Widerstand gegen den Ausbau der Macht der WHO hört nicht auf. Eine Petition gegen eine Unterzeichnung des Pandemievertrages erreichte, nachdem sie über Kanäle der Demokratiebewegung geteilt worden war, innerhalb von zwei Tagen die notwendigen 50.000 Stimmen. Der Erfolg der Petition bedeutet, dass

sich der Gesundheitsausschuss des Bundestages erneut mit der Frage des Pandemievertrages auseinandersetzen muss, indem die Verfasser der Petition dort ihr Anliegen vortragen werden.

Ob das etwas an der Entscheidung der Abgeordneten ändern wird, die WHO mit größeren Summen auszustatten und ihr Machtbefugnisse zu geben, ist jedoch unwahrscheinlich, da in einer Bundestagsabstimmung am 10. Mai 2023 eine ganz große Koalition aus Abgeordneten von SPD, FDP, Bündnisgrünen und CDU/CSU für die Machterweiterung der Konzern-WHO gestimmt hatten. Die Abgeordneten der Linkspartei hatten sich mehrheitlich ihrer Stimmen enthalten, die AfD sprach sich geschlossen gegen den Pandemievertrag aus.

MELDUNG

REGISTRIERTE
IMPFNEBENWIRKUNGEN

Amsterdam/DW. Laut Datenstand der Europäischen Arzneimittelbehörde EMA vom 5. Juni 2023 wurden 27.941 Todesfälle und 640.532 schwerwiegende Nebenwirkungen im Zusammenhang mit den Corona-Injektionen gemeldet. Kinder sind mit 42.323 Fällen, 269 Todesfällen und 15.208 schwerwiegenden Nebenwirkungen an den Fällen beteiligt. Experten gehen davon aus, dass die Dunkelziffer um das zwei bis fünffache höher liegt, da das Meldeverfahren umständlich ist und sich Ärzte aber auch teils Patienten weigern, Impfn Nebenwirkungen anzuzeigen. (hes)

GEIMPfte STERBEN
HÄUFIGER AN CORONA

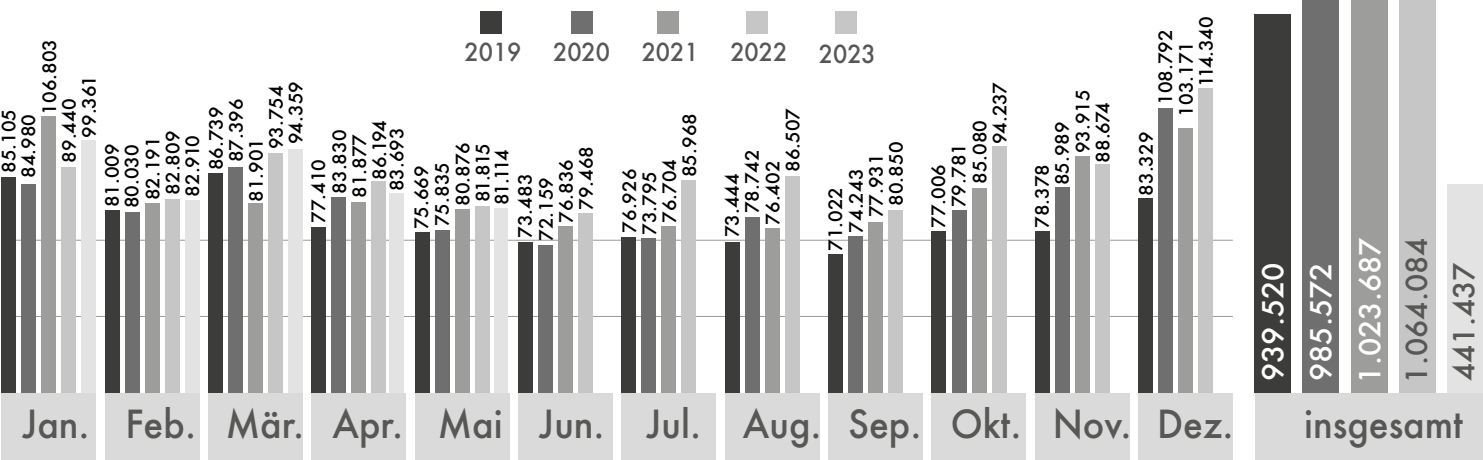
London/DW. Laut Daten des nationalen britischen Statistikamts ONS vom 21. Februar 2023 waren 9 von 10 Coronatoten in Großbritannien geimpft. Laut den offiziellen Zahlen, über die zunächst das englische Online-Magazin The Exposé und dann die schweizer Weltwoche berichteten, starben im Jahr 2022 25.768 geimpfte und 2.273 ungeimpfte Menschen. Auch nahm die Zahl der als Covid-Toten registrierten im Fortlauf der Impfkampagne zu. Die Impfquote der mindestens einmal Geimpften in Großbritannien beträgt rund 80 Prozent, bei einem Anteil der Geimpften an den Toten von rund 90 Prozent. Das Jahr 2022 war in Großbritannien das Jahr mit der höchsten Sterblichkeit und auch Übersterblichkeit seit dem Zweiten Weltkrieg. Die britischen Daten wiesen sich unter Corona im Gegensatz zu Deutschland durch Genauigkeit aus. (hes)

WHO ÜBERNIMMT
WELTWEITEN REISEPASS

Genf/DW. Laut einer Pressemitteilung vom 5. Juni 2023 wird die WHO das digitale Covid-19 der Europäischen Union weltweit einsetzen. Das Zertifikat soll »Bürger vor gegenwärtigen und zukünftigen Gesundheitsbedrohungen einschließlich Pandemien schützen«, so die Drohung. (hes)

Quelle: Statistisches Bundesamt

Sterbefallzahlen Deutschland



WAS ZEIGT DIE MEDIZINISCHE GRAFIK?

Oben sehen Sie die Sterbefallzahlen im Vergleich der Jahre. Es wird klar: Es gab nie eine gemeingefährliche Seuche. Die Sterbefälle halten sich im Jahr 2020 im Rahmen der Vorjahre. Zieht man die Geburtenstärke der Jahrgänge um 1940 mit ein, hatten wir 2020 sogar eine Untersterblichkeit.

Erst mit dem Beginn der Impfkampagne im Dezember 2020 zieht die Übersterblichkeit an. Ebenso zeichnen sich ab 2021 die Schäden der »Corona-Maßnahmen« ab. Im Herbst 2022 und dem Winter 2022/23 wird sogar ein Anstieg der Sterblichkeit von bis zu 20 Prozent verzeichnet. Der Grund: Die Injektionen. Die Zahlen sind die aktuellen des Statistischen Bundesamtes.



IMPFSCHADENSPROZESSE
VOR DEM EINZELRICHTER?

KOLUMNE RECHTSSTAAT
von Prof. Dr. Martin Schwab

Ausgerechnet wenn es um den Ersatz von Impfschäden geht, knauserst das Landgericht Hamburg mit dem Einsatz von Manpower. Dabei sind die rechtlichen Vorgaben eindeutig.

Am 12. Juni 2023 hätte vor dem Landgericht Hamburg die Klage einer Ärztin verhandelt werden sollen, die eigenen Angaben zufolge nach einer BioNTech-Spritze wochenlang arbeitsunfähig war und bis heute unter beträchtlichen Beschwerden leidet. BioNTech hält die Klage nach, wie es von Unternehmensseite heißt, sorgfältiger Prüfung für unbegründet.

Aber es kam alles ganz anders: Die Verhandlung wurde vertagt, weil die Anwälte der klagenden Ärztin die Besetzung des Gerichts beanstandeten. Entscheiden sollte nämlich die Kammer (so nennt man einen Spruchkörper bei den Landgerichten) nicht in Vollbesetzung, sondern durch einen Einzelrichter. Das, so die Anwälte der Klägerin, dürfe nicht sein; deshalb befürchteten sie die Befangenheit dieses Richters.

SO IST DIE
RECHTSLAGE

In der Tat ist die Idee, über die Schadensersatzprozesse rund um die Schäden nach Covid-Injektion durch einen Einzelrichter entscheiden zu lassen, in keiner Weise nachvollziehbar.

Zwar entscheidet die Kammer gemäß Paragraph 348 Absatz 1 Satz 1 der Zivilprozessordnung (ZPO) grundsätzlich durch den Einzelrichter. Das gilt aber dann nicht, wenn ein Fall nach Paragraph 348 Absatz 1 Satz 2 ZPO vorliegt. Dort ist eine ganze Litanei von Prozessen aufgelistet, in denen die Kammer eben doch in Vollbesetzung entscheiden muss. Darunter fallen nach Paragraph 348 Absatz 1 Nummer 2e ZPO auch »Streitigkeiten über Ansprüche aus Heilbehandlungen«. Damit sind zwar zunächst Ansprüche gegen behandelnde Ärzte gemeint. Ebenso fallen aber arzneimittelrechtliche Streitigkeiten darunter. Denn auch Arzneimittel werden zur Heilbehandlung eingesetzt.

Der Anwendung von Paragraph 348 Absatz 1 Satz 2 ZPO auf die Schadensersatzklagen gegen die Hersteller der Corona-Spritzen steht auch nicht der Umstand entgegen, dass es sich bei deren Verabreichung um eine prophylaktische Behandlung von gesunden Menschen handelt. Entscheidend ist, dass die Covid-Injektionen, jedenfalls nach offizieller Verlautbarung, mit dem Ziel der Gesunderhaltung von Menschen eingesetzt werden.

Aber selbst wenn man das anders sehen wollte, wäre doch mindestens Paragraph 348 Absatz 3 ZPO zu beachten gewesen. Danach legt der Einzelrichter den Rechtsstreit der vollbesetzten Kammer unter anderem dann zur Entscheidung vor, wenn die Rechtssache grundsätzliche Bedeutung hat oder wenn sie besondere Schwierigkeiten tatsächlicher oder rechtlicher Art aufweist. Bei der hier in Rede stehenden Klage ist sogar beides der Fall.

Grundsätzliche Bedeutung kommt einer Rechtssache zu, wenn sie über den konkreten Einzelfall hinaus von Gewicht ist. Das ist bei einer Klage auf Ersatz von Schäden nach einer Corona-Spritze eindeutig der Fall: Die Menschen, die nach der Spritze erkrankten oder gar invalide geworden sind, vielleicht sogar einen Angehörigen verloren haben,

werden den Ausgang des Hamburger Prozesses mit Spannung erwarten. Schon das breite Medienecho – siehe etwa DWN vom 11. Juni 2023; Berliner Zeitung, Welt und ZDF vom 12. Juni 2023 – zum Hamburger Prozess legt davon beredt Zeugnis ab.

UMFANGREICHES
PRÜFVERFAHREN

Die Prozesse weisen aber auch erhebliche tatsächliche und rechtliche Schwierigkeiten auf. Die Klageschrift im Hamburger Fall ist mir nicht bekannt. Aus dem Stand fallen mir aber die folgenden Fragen ein:

ERSTENS: Unterstellt, die Befunde der Klägerin wurden zutreffend geschildert: Sind sie kausal durch die Covid-Injektion hervorgerufen worden? Können andere Ursachen ausgeschlossen werden?

ZWEITENS: Mit welchem Grad der Gewissheit muss diese Kausalität festgestellt werden? Haftungsgrund ist hier eine Körperverletzung. Aber liegt diese Körperverletzung schon im Stich mit der Spritze oder erst in den nachfolgenden Beschwerden der Klägerin? Der Stich selbst stellt jedenfalls dann die primäre Körperverletzung dar, wenn die Klägerin nicht wirksam in die Injektion eingewilligt hat. Die erforderliche Aufklärung zu leisten ist zwar an sich Aufgabe des Impfarztes. Wenn aber das Hersteller-Unternehmen Informationen pflichtwidrig zurückgehalten hat und es dadurch dem Arzt unmöglich war, die gebotene Aufklärung zu leisten, hat das Unternehmen selbst den unzureichend aufgeklärten Eingriff mit zu verantworten. Die späteren Beschwerden sind dann Folgeschäden mit der wichtigen Konsequenz, dass die Kausalität nicht zur vollen richterlichen Überzeugung feststehen muss (Paragraph 286 Absatz 1 ZPO), sondern das Gericht sich mit einer Schätzung zufriedengeben darf (Paragraph 287 Absatz 1 ZPO).

DRITTENS: Nach Paragraph 3 Absatz 4 Satz 2 der sogenannten Medizinischer



Demonstrantin zur Zeit des Maskenzwangs Anfang 2022.
Foto: Georgi Belickin

Bedarf Versorgungssicherstellungsverordnung (MedBVSV) – das ist jene Verordnung, die Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) bereits im Mai 2020, von der Öffentlichkeit zunächst weithin unbemerkt, erlassen hatte – haften die Herstellerunternehmen nur für Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit. Lässt sich das für BioNTech/Pfizer feststellen? Allein diesen Punkt vor Gericht herauszuarbeiten ist eine Mammutaufgabe.

VIERTENS: Da die menschlichen Zellen durch die Spritze dazu animiert werden, ein Spike-Protein zu produzieren, das sie sonst nie produzieren würden: Kommt hier eine Haftung nach Paragraph 32 Gentechnikgesetz in Betracht?

Auf den Schultern eines einzelnen Richters lastet dieses anspruchsvolle Prüfprogramm eindeutig zu schwer.

Deutsche Richter: Maske an, Hirn aus!

Eine kleine Aufarbeitung der Coronajustiz | Von Gordon Pankalla

Am 18. November 2020 kam es zum sogenannten Dritten Bevölkerungsschutzgesetz, einer umfassenden Erweiterung des Infektionsschutzgesetzes (IfSG), nachdem die Verwaltungsgerichte gedroht hatten, zu meutern. Bis zu diesem Zeitpunkt waren sämtliche Coronamaßnahmen nur auf den dünnen Paragraphen 28 des IfSG gestützt.

So war es zu einem Überbietungswettbewerb der Länder gekommen. Keine auch noch so unsinnige Maßnahme, die angeblich eine »erforderliche Maßnahme« nach dem IfSG war, blieb uns erspart. Obwohl führende Aerosol-Forscher schon damals meldeten, dass 99 Prozent aller Infektionen in Innenräumen stattfinden und nicht an der frischen Luft, wurden Masken auf den Demonstrationen angeordnet.

Weder damals noch heute, fast drei Jahre später, weigern sich Richter dies zur Kenntnis zu nehmen und die damaligen Maßnahmen auf ihre Sinnhaftigkeit zu überprüfen. Wie oft habe ich vor Gericht gehört, dass die

Richter nicht dazu bereit sind, die Corona-Verordnungen auf Rechtmäßigkeit zu überprüfen. Da müssen Sie nach Karlsruhe fahren, schallt es von der Richterbank.

RICHTER UND
IHRE HENKER

Warum deutsche Richter sich nicht trauten, teils bereits abgelaufene Maßnahmen oder Maßnahmen, die von den Verwaltungsgerichten niemals auf Rechtmäßigkeit überprüft worden waren, selbst zu überprüfen, scheint mir völlig klar: Diese Richter hatten Angst. Sie hatten Angst vor dem Dienstherren, sie hatten Angst vor der Presse, sie hatten Angst vor ihren geimpften Kollegen.

Und daher nahmen die Richter es gerne in Kauf, ein Fehlurteil zu sprechen, denn sie konnten sich der Solidarität ihrer anderen geimpften Richterkollegen gewiss sein, die ebenfalls aus Angst die Fehlurteile nicht hinterfragen würden. In der Praxis führte dies dazu, dass es fast nie dazu kam, die Verordnungen auf deren Rechtmäßigkeit hin zu überprüfen, sondern wir Rechtsanwälte dann lieber die Verteidigungsstrategie

wählten, die mehr Erfolg versprach: Die Überprüfung, ob es tatsächlich zu einem »Regelverstoß« gekommen war und dieser auch beweisbar gewesen ist.

KÖLNER
KLÜNGEL

Bei diesen Beweisprozessen war die einseitige Haltung der Richter nicht zu verkennen, wenn Zeugen des Ordnungsamts bereits vor dem Termin nett mit den Richtern plauderten, man kennt sich inzwischen ja schon gut. Oder wenn nachbohrend kritische Fragen gestellt werden, wie: »Wie war denn das Wetter an dem Tag?« Gestern war man noch für die Knolle hinter der Windschutzscheibe zuständig und heute schon »Kronzeuge« in einem Prozess, der für die Rettung der Volksgesundheit von höchster Bedeutung ist – was für einen tollen Aufstieg dieser Staat den pflichtbewussten Menschen vom Ordnungsamt und der Polizei doch ermöglichte.

In der Berufungsverhandlung kann der »Held« dann ungestraft einfach mal seine Aussage »widerrufen«, wenn die Kollegen

die »Solidarität« eines Zeugen benötigen. Es genügte der Hinweis darauf, dass die Aussage in der Vorinstanz dann offenbar falsch zu Protokoll genommen worden sei. Ob der Zeuge mit schweißnassen Händen

➔ Weiterlesen auf Seite 5

KONTO DICHT!

Sie haben es wieder getan! Die nächste Bank schloss im April dieser Zeitung das Konto, weil wir die Opposition der Gegenwart in dieser Zeitung zu Wort kommen lassen.

Mittlerweile ist es die zwölfte Bank, die im Verbund mit Geheimdiensten die demokratische Opposition bekämpft. Doch wir haben vorgesorgt. Diese Bankverbindung funktioniert:

Die neue Bankverbindung für Abos, Spenden und Verteilung ist:
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus

IBAN: DE71 1705 6060 0101 0320 64

⌂ Fortsetzung von Seite 4

nicht viel eher vor Gericht lügt – darauf kam die Berufungskammer erst gar nicht. Denn schließlich werden hier auch ideologisch hochwertige Ziele verfolgt, wie die Verhinderung von Ansteckung, Tod und Siechtum in der Bevölkerung – die sich medial gehirngewaschen die komplette Ausrottung von Viren (genannt Null-Covid) wünschte.

Auch nach Wegfall der Maskenpflicht behielten Zeugen vor Gericht den »Maul-lappen« an, ein klarer Verstoß gegen das Gerichtsverfahrensgesetz, der aber so hingenommen wurde, auch meine Beschwerden darüber änderten daran nichts und wurden stets abgewiesen. Es kam zu einer Verhandlung in Düsseldorf, wo mein Mandant angeblich ein Corona-Warnschild abgerissen haben sollte. Uneinig war man sich, wo diese schändliche Tat stattgefunden haben soll, das Beweisstück lag ebenfalls nicht vor, nur Eines konnte man mit Bestimmtheit sagen: Der Mann muss doch schuldig sein, der ist doch ein Corona-Leugner, denn so stand es in der Akte – ohne jedweden Beweis.

In Köln droht tausenden Verfahren die Schließung des Aktendeckels wegen Fristablauf. Zwei Jahre beträgt die Verjährung bei den Ordnungswidrigkeiten, aber anstatt nun die Sache auf sich beruhen zu lassen, will unsere Bürgermeisterin Henriette »Armlänge« Reker alle Corona-Verbrecher noch vor Gericht ziehen.

Die Überprüfung der Maßnahmen auf deren Rechtmäßigkeit lässt dagegen bis heute auf sich warten und in meinem Prozess gegen die Kölner Ausgangsbeschränkungen bekomme ich von dem Kölner Verwaltungsrichter inzwischen gar keine Antwort mehr. Ich vermute, dass es den Mann innerlich inzwischen zerreißen muss, wenn er nun feststellte, dass die Ausgangssperre rechtswidrig war – wobei er im Eilverfahren die Ausgangssperre noch als die ultima ratio, die letzte Chance, gerechtfertigt hatte.

Warum ein Virus am Tage während der Arbeitszeit Pause macht, aber abends in der Freizeit so brandgefährlich gewesen sein soll, erschließt sich mir bis heute nicht. Maske an, Hirn aus!



Mit dem Grundgesetz gegen diese Regierung. Demokrat in Osnabrück im Frühsommer 2023. Foto: Georgi Belickin



Gordon Pankalla ist Demokrat und Rechtsanwalt in der Stadt Köln.

Die Inflationsprämie haben sich Scholz & Co redlich verdient

Neues aus Absurdistan: Der satirische Wochenrückblick | Von Klaus Müller

Liebe Leser, unsere politische Elite läuft gerade wieder zur Höchstform auf. Unsere Demokratie- und Verfassungsfreundin Nancy Faeser fordert ein Messerverbot in Bus und Bahn! Eine geniale Idee, auf die man erstmal kommen muss. Den potenziellen Tätern bleibt dann nämlich nichts anders mehr übrig, als ihre Waffen daheim zu lassen.

Respekt, Frau Faeser! Aber warum soll das Verbot nur in Bus und Bahn gelten? Klar, laut Statistik der Bundespolizei ist die Zahl der Messerangriffe dort zuletzt deutlich gestiegen. Aber was ist mit Gaststätten, Supermärkten – und mit Blick nach Frankreich – Kinderspielflächen und Parks? Na ja, wichtig ist vor allem, dass man bloß nicht den Ursachen für die zunehmende Waffengewalt auf den Grund geht.

Kommen wir zu weiteren Akteuren, die in den vergangenen Tagen im Blickpunkt standen: Etwa Grinse-Kanzler Scholz oder der bayerische Wendehals Markus Söder (Seite 7). Sie schimpfen über alle, die nicht auf (ihrer) Linie sind. Auffällig dabei: Sie verlieren immer öfter die Contenance. Die Nerven scheinen blank zu liegen. Warum nur? Amüsant finde ich, dass Scholz vor einer Spaltung durch die AfD warnt. Nun gut, es ist ja bekannt, dass es mit seinem Gedächtnis nicht zum Besten bestellt ist. Deshalb wirkte es – mit Verlaub – etwas skurril, dass ausgerechnet er anderen vorwarf, sie hätten keinen Verstand in ihren Hirnen. So geschehen beim Europafest in Falkensee bei Berlin. Zuvor war Scholz als Kriegstreiber, Lügner und Bandit beschimpft worden. Klar, da kann man schon mal die Fassung verlieren.

Tage später sagte Scholz auf dem evangelischen Kirchentag in Nürnberg: »Wir müssen dafür Sorge tragen, dass wir die Gesellschaft zusammenhalten, dass Respekt herrscht.« Recht hat er, nur leider verschwieg er, dass

dies natürlich nur gelte, wenn man seiner Meinung sei. So ist das eben in einer Demokratie. Cem Özdemir unterteilte bei Lanz derweil die Bevölkerung in gut Erzogene und Minderwertige. Und Markus Söder empfahl seinen (natürlich ausschließlich rechten und AfD-nahen) Kritikern: »Haut selber ab!« Ist es nicht schön, zu sehen, wie vereint unser Land ist? Und wie vorbildlich unsere Politiker ihr ganz spezielles Demokratieverständnis vorleben? Das war schon bei Corona so. Wie kann man da bloß von einer drohenden Spaltung reden? Also wirklich!

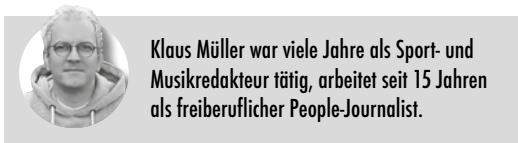
In Anbetracht ihrer erfolgreichen Arbeit haben sich die politischen Sympathieträger unseres Landes – Kanzler Scholz und seine 16 Minister – auch die steuerfreie Inflationsprämie von 3.000 Euro redlich verdient. Wer sich so aufopferungsvoll und ehrlich für die Bürger, die Demokratie und die Wirtschaft unseres Landes einsetzt, ohne dabei der Versuchung nach (noch mehr) totalitärer Macht zu erliegen, muss belohnt werden. Und die Inflation, für die wirklich niemand etwas kann, ist ja echt heftig. Beruhigend zu wissen, dass die Mächtigen nun finanziell zumindest etwas entlastet werden. Man stelle sich vor, Scholz oder Habeck müssten in Mülleimern nach Pfandflaschen suchen. Das hätten sie wirklich nicht verdient.

Kommen wir mal wieder zu den *Mainstream*-Medien: Die sind derzeit offenbar tief erschüttert. Jede Woche aufs Neue titeln sie: »Schock-Umfrage!« Laut jüngsten Zahlen hat die AfD inzwischen die 20-Prozent-Marke geknackt. Ich frage mich allerdings, warum der *Mainstream* geschockt ist? Etwa weil es immer noch Menschen gibt, die die grüne Sekte wählen würden? Oder die zwei anderen Ampel-Parteien? Oder Oppositionsparteien, die schon lange keine mehr sind? Drollig finde ich, wenn in den Altmedien und im ÖRR über die Gründe des AfD-Höhenfluges debattiert wird. Ja, woran könnte es bloß liegen, dass die Partei

gerade im Aufwind ist? Die Ampel leistet doch wirklich herausragende Arbeit!

Die Redaktion der *Tagesschau* ist nicht geschockt, sondern überrascht und zwar darüber, dass die deutsche Industrie inzwischen weniger produziert. Ja, auch das war wirklich nicht abzusehen. Einen Glückwunsch muss ich noch loswerden: Sarah Bosetti – ja, genau, das ist die nette Dame, die einst Demonstranten gegen die staatlichen Corona-Maßnahmen als »Blinddarm der Gesellschaft« bezeichnete und damit an die Rhetorik der Nazis erinnerte – wird am 17. Juni in Cuxhaven mit dem Joachim-Ringelnetz-Preis ausgezeichnet. Die Jury lobte, Bosetti gelinge es, mit ihrer meinungsstarken Art aktuelle Themen vor allem auch jungen Menschen näherzubringen. Ich frage mich nur: Was hat Hetze mit Meinungsstärke zu tun? Nun gut, von Ringelnetz stammt das Zitat: »Schlechte Menschen ohne Geist, ohne Geschmack, wenn sie noch so reich sind, bleiben nur Pack.« Insofern: Herzlichen Glückwunsch, Frau Bosetti.

Die *Mainstream*-Medien haben übrigens trotz Schockstarre nach Til Schweiger nun das nächste Opfer auserkoren: Rammstein-Sänger Till Lindemann. Das Motto ist längst bekannt: Alles, was nicht bunt ist, muss weg. Die Vorwürfe wiegen schwer, es geht um mutmaßliche sexuelle Übergriffe und Machtmissbrauch. Die Band bestreitet dies. Unschuldsumutung? Nicht so wichtig in diesem vereinten Land! Die Jagd ist bereits eröffnet. Und einmal mehr machen fast alle mit! Komisch, dass sich die *woken* Toten Hosen noch nicht dazu gemeldet haben. Kann ja noch kommen. Und mal sehen, welche Sau als nächstes durchs Land getrieben wird. An weiteren Kandidaten mangelt es ja sicher nicht in diesem »besten Deutschland aller Zeiten«.



Klaus Müller war viele Jahre als Sport- und Musikredakteur tätig, arbeitet seit 15 Jahren als freiberuflicher People-Journalist.

MELDUNG

AMTLICHER
AKTIONSTAG

Berlin/DW. Die deutsche Polizei veranstaltete am Mittwoch, den 14. Juni 2023 einen sogenannten »Aktionstag zur Bekämpfung von Hass-*Postings*«. Dies teilte das Bundeskriminalamt in einer Pressemitteilung mit. Demnach wurden in allen 16 Bundesländer über 130 polizeiliche »Maßnahmen« durchgeführt, wie Wohnungsdurchsuchungen und Vernehmungen. Unter den Betroffenen der »Maßnahmen« befand sich auch der Berliner Demokrat Captain Future (Seite 8). Die sogenannten Aktionstage dienen zur Disziplinierung der Bevölkerung. In ihrer Pressemitteilung lud das Bundeskriminalamt dazu auf, sogenannte Hasskriminalität von Freunden und Bekannten anonym den staatlichen Stellen zu melden. (hes)

BOMBER ÜBER DEUTSCHLAND

Berlin/DW. Am 12. Juni 2023 startete mit »Air Defender« das größte Verlegemanöver von Luftstreitkräften seit Bestehen der Nato. Bei der sogenannten Übung, die über Deutschland stattfindet sind 10.000 Soldatinnen und Soldaten beteiligt; insgesamt 250 Flugzeuge sollen nach Deutschland verlegt worden sein, darunter alleine 100 aus den USA. Inhalt der Übung ist das Zurückschlagen eines Angriffs aus dem Osten, wobei Russland als Angreifer nicht genannt aber gemeint ist. Das Nato-Manöver findet noch bis zum 23. Juni 23 statt. Demonstrationen dagegen sind angekündigt worden. (hes)

SCHÜSSE AUF PARTEIBÜRO VON DIE BASIS

Osnabrück/DW. Auf ein Büro der Partei Die Basis wurden in der Bramscher Straße in Osnabrück im Zeitraum vom 8. Juni abends und dem 9. Juni mittags Schüsse abgefeuert. Dies teilte die Osnabrücker Polizei in einer Pressemitteilung mit. Ebenso kam es zu Schüssen auf ein nahegelegenes Wohnhaus. Deformierte Teile von Projektilen konnten sichergestellt werden. Polizei und Staatsschutz ermitteln und suchen nach Zeugen. (kmü)

AFD-VERBOT: ANALYSE SIEHT VORAUSSETZUNGEN GEGEBEN

Berlin/DW. Eine Analyse des staatsfinanzierten und bundestagsnahen Deutschen Instituts für Menschenrechte ist zum Schluss gekommen, dass die Voraussetzungen erfüllt sind, die AfD verbieten zu können. Im Kuratorium der selbsternannten »Menschenrechtsorganisation« sitzt Ex-Stasi-Mitarbeiterin Annette Kahane, die einst Bürger der DDR bespitzelte. Die AfD legt seit Wochen in Umfragen kontinuierlich zu, knackte jüngst laut *YouGov* die 20-Prozent-Marke. (kmü)

RIMA UND LEE GEHEN IN DIE POLITIK

Zug/Rinteln/DW. Komiker und Corona-Maßnahmen-Kritiker Marco Rima (siehe DW 127) kandidiert für den Ständerat im Schweizer Kanton Zug. Er tritt als unabhängiger und parteiloser Kandidat an. Die Wahlen finden am 22. Oktober statt. Bauernsprecher Anthony Lee (DW 124) wurde als Spitzenkandidat der Freien Wähler Niedersachsen für die Europawahl (9. Juni 2024) nominiert. (kmü)



Leuchtturm

ARD - ORF - SRG

AHRENSFELDE: Montag 18.00 • Märkische AZ • Rathaus

AUGSBURG: Samstag 15.30 • Augsburger Allg. • Maximilianstr. 3

BERLIN: Donnerstag ab 18 • RBB Studio • Masurenallee

BREMEN: Montag 18.00 • Mitteldt. Zeitung • An der Friedensglocke

DORNBIRN: Donnerstag ab 14 • ORF • Vorarlberg Rundfunkplatz 1

FRANKFURT: Donnerstag ab 15 • HR Studio • Bertramstr. 8

HAMBURG: Donnerstag ab 17 • NDR Studio

• Rothenbaumchaussee 132

HAMBURG: Donnerstag ab 17 • NDR Tagesschau • Hugh-Greene-Weg 1

HANNOVER: Donnerstag ab 17 • NDR Funkhaus

• Rudolf-von-Bennigsen-Ufer 22

KASSEL: Mittwoch 11.30 • Radio FFF • Friedrich-Ebert-Str. 46

KIEL: Donnerstag 16.00 • NDR Studio • Schlossplatz 3

KONSTANZ: Montag 18.00 • SWR Regional • Münsterplatz

KÖLN: Donnerstag 17.00 • WDR Studio • Appellhofplatz 1

LEIPZIG: Montag 19.00 • MDR Sachsen • Augustusplatz

LINDAU: Freitag 16.00 • Lindauer Zeitung • Inselgraben 2

LÜBECK: Montag 17.45 • NDR Media • Docks Behnkai

MAGDEBURG: Montag 18.00 • MDR Sachsen • Eulenspiegelbrunnen

MÜNCHEN: Mittwoch ab 19 • BR Hochhaus • Hopfenstr. 5

PLAUEN: Montag 17.00 • MDR Regional • Wendedenkmal

POTSDAM: Donnerstag ab 18 • RBB Studio • Marlene-Dietrich-Allee 20

SAARBRÜCKEN: Donnerstag ab 16 • SR Saarland

• Sankt-Johanner-Markt

SCHWEINFURT: Sonntag 18.00 • BR Regional • Am Marktplatz

SCHWERIN: Donnerstag ab 15 • NDR Landesstudio

• Schlossgartenallee 61

SIEGEN: Montag 18.00 • WDR Regional • Jakob-Schreiner-Platz

WAREN: Müritz Montag 18.30 • Nordkurier • Marktplatz

WIESBADEN: Samstag 13.00 • Wiesb. Kurier • Schulgasse/Neugasse

WOLFSBURG: Samstag ab 11 • Wolfsb. Nachr. • Hugo-Borg-Platz

WÜRZBURG: Donnerstag ab 15 • Bürgerdialog • Oberer Markt

ZUFFENHAUSEN: Montag 18.00 • Stuttg. Zeitung • Brunnen vor Rathaus

IMMER MONTAGS!

ALFDORF, 18 Uhr, am Rathaus – ANNABERG, 19 Uhr, am Markt – BAD LOBENSTEIN, 19 Uhr, am Marktplatz – BERLIN-KARLSHORST, 18:30 Uhr, Treskowalle Apotheke – BERLIN-LICHTENBERG, 18 Uhr, am Ringcenter 2 – COBURG, 18 Uhr, am Rathaus – DINGELSTÄDT, 19 Uhr, am Rathaus – DOMBÜHL, 18:30 Uhr, am Marktplatz – EICHSTETTEN, 18 Uhr, am Rathaus – ELLWANGEN, 18 Uhr, vor dem Rathaus – FRANKENBERG, 19 Uhr, am Markt – FRICKINGEN, 18 Uhr, am Rathaus – GAMMERTINGEN, 18 Uhr, am Rathaus – GANDERKESEE, 18 Uhr, am Rathaus – HAFFKRUG, 18 Uhr, Seebrücke – HALBERSTADT, 19 Uhr, am Domplatz – ILLINGEN, 18 Uhr, am Rathaus – JENA, 19 Uhr, am Holzmarkt – KAUFERING, 18 Uhr, am Bahnhof – KÖNIGSWINTER, 18 Uhr, am Rathaus – LANDSHUT, 18:30 Uhr, am alten Markt – LANGENSELBOLD, 18 Uhr, am Marktplatz – LANGENSTEINBACH, 18 Uhr, am Rathaus – MAMMENDORF, 18 Uhr, am Rathaus – MARQUARTSTEIN, 18 Uhr, am Rathaus – MUNDERKINGEN, 18 Uhr, am Rathaus – NEUMÜNSTER, 18 Uhr, am Rathaus – OCHSENFURT, 18 Uhr, am Rathaus – OSTERRÖNFELD, 17:30 Uhr, am Bürgerzentrum – PAUNZHAUSEN, 19 Uhr, am Rathaus.

KEINE ANZEIGE! UNSER AUSRÜSTER!





ÜBER 700 MOTIVE!

GEWINNE GEHEN AN DEMOKRATISCHER WIDERSTAND • RUBIKON • APOLUT • WIKILEAKS U.A.

WWW.HARLEKIN.SHOP

DEMOTERMINE DER VERFASSUNGSBEWEGUNG

Senden Sie uns die Termine Ihrer Veranstaltung an: veranstaltung@demokratischerwiderstand.de

Sa, 17.6.2023 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 17.6.2023 13-16:50 Uhr	Berlin, Freienwalder Str. 15/ ggü. Gedenkstätte Hohenschönhausen	Autokorso
Sa, 17.6.2023 11-14 Uhr	Celle, Neumarkt	Umzug und Kundgebung
Sa, 17.6.2023 14-19 Uhr	Düsseldorf, Schadowplatz	Demo und Aufzug
Sa, 17.6.2023 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft
Sa, 17.6.2023 15-18 Uhr	Frankfurt, Bockenheimer Anlage	Friedensdemo
Sa, 17.6.2023 15-16 Uhr	Hamburg, rund um die Binnenalster	Spaziergang
Sa, 17.6.2023 14:30-18 Uhr	Heidelberg, Neckarwiese Höhe Keplerstraße	Aufzug
Sa, 17.6.2023 15:30-18 Uhr	Kassel, Königsplatz	Demo
Sa, 17.6.2023 15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 17.6.2023 16-19 Uhr	Salzwedel, Rathausurmplatz	Spaziergang
Sa, 18.6.2023 14:30-17 Uhr	Köln, Heumarkt	Kundgebung
Mo, 19.6.2023 19-20:30 Uhr	Aachen, Rathaus Markt	Spaziergang
Mo, 19.6.2023 19-20:30 Uhr	Amberg, Am Markt	Spaziergang
Mo, 19.6.2023 18-20 Uhr	Anger/Oberbayern, Dorfplatz	Spaziergang
Mo, 19.6.2023 18-20 Uhr	Augsburg, wechselnde Startpunkte (bf-schwaben.de)	Spaziergang
Mo, 19.6.2023 19-21 Uhr	Bad Bergzabern, am Schloss	Spaziergang
Mo, 19.6.2023 18-21 Uhr	Bad Hamburg, Rathausvorplatz	Spaziergang
Mo, 19.6.2023 18-20 Uhr	Bad Honnef/NRW, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 19.6.2023 18-20 Uhr	Bad Reichenhall, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 19.6.2023 18-19 Uhr	Balingen, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 19.6.2023 18-21 Uhr	Bautzen, Kornmarkt	Mahnwache
Mo, 19.6.2023 19-20:30 Uhr	Bayern, Marktoberdorf am Marktplatz	Spaziergang
Mo, 19.6.2023 19-21 Uhr	Belgern/Sachsen, Markt	Spaziergang
Mo, 19.6.2023 18:30-21 Uhr	Berlin-Karlsorst, Treskow Apotheke	Spaziergang
Mo, 19.6.2023 18-20 Uhr	Berlin-Lichtenberg, Frankfurter Allee- am Ringcenter II	Spaziergang
Mo, 19.6.2023 12-14 Uhr	Berlin-Wedding, Nordufer 20	Mahnwache
Mo, 19.6.2023 18-20 Uhr	Bernau, Rathaus	Demoaufzug
Mo, 19.6.2023 18:30-21 Uhr	Brackenheim (Ba-Wü), Heilbronner/Bandhausstr.	Aufzug mit Abschlusskundgebung
Mo, 19.6.2023 16-18 Uhr	Brandenburg an der Havel, auf dem Märkischen Platz	Schilderdemo
Mo, 19.6.2023 19-21 Uhr	Cottbus, Oberkirche	Lichterspaziergang
Mo, 19.6.2023 19-21 Uhr	Dinslaken, am Rittertor	Spaziergang
Mo, 19.6.2023 18-21 Uhr	Delmenhorst, Kiosk an der Graft	Spaziergang
Mo, 19.6.2023 18-21 Uhr	Duisburg, Rathaus am Burgplatz	Spaziergang
Mo, 19.6.2023 18-21 Uhr	Eberswalde, im Bildungszentrum, Puschkinstr.13	3. Runder Tisch Corona Aufarbeitung
Mo, 19.6.2023 18-20 Uhr	Eberswalde, Marktplatz	Kundgebung
Mo, 19.6.2023 18:30-19 Uhr	Eichwalde, Bahnhofstr./Am Graben	Spaziergang
Mo, 19.6.2023 18-20 Uhr	Eisenhüttenstadt, Friedrich-Wolf-Theater	Spaziergang
Mo, 19.6.2023 18-20 Uhr	Falkensee, alte Stadthalle	Spaziergang
Mo, 19.6.2023 18:20:30 Uhr	Frankfurt am Main, Konstablerwache	Spaziergang
Mo, 19.6.2023 18:30-21 Uhr	Gifhorn, Schillerplatz	Spaziergang
Mo, 19.6.2023 18:30-21 Uhr	Görlitz, Postplatz	Versammlung
Mo, 19.6.2023 19-21 Uhr	Greifswald, am Markt	Demo
Mo, 19.6.2023 19-21 Uhr	Hamburg, Blankeneser Marktplatz	Spaziergang
Mo, 19.6.2023 18-21 Uhr	Hamburg, Bergstedter Markt	Spaziergang
Mo, 19.6.2023 18-20 Uhr	Hameln, am Hochzeitshaus	Spaziergang
Mo, 19.6.2023 18:30-20 Uhr	Heidelberg, am Bismarckdenkmal	Spaziergang
Mo, 19.6.2023 19-21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Mo, 19.6.2023 18-19:30 Uhr	Jülich, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 19.6.2023 18:30-20:30 Uhr	Kaiserslautern, Innenstadt	Spaziergang
Mo, 19.6.2023 18-21 Uhr	Kaufungen, am Kresel	Spaziergang
Mo, 19.6.2023 18-20 Uhr	Konstanz, Augustinerplatz	Spaziergang
Mo, 19.6.2023 18-20 Uhr	Konstanz, Münsterplatz	Demoaufzug
Mo, 19.6.2023 18-20 Uhr	Karschenbroich, Eingang Stadtverwaltung	Spaziergang
Mo, 19.6.2023 18-21 Uhr	Köln, Roncalliplatz	Spaziergang
Mo, 19.6.2023 18-20 Uhr	Königs Wusterhausen, Kirchplatz	Spaziergang
Mo, 19.6.2023 18-20 Uhr	Landshut, Ländertorplatz	Spaziergang
Mo, 19.6.2023 18-21 Uhr	Leer/Ostfriesland, Denkmalsplatz	Spaziergang
Mo, 19.6.2023 18-19 Uhr	Leipzig, Augustusplatz	Spaziergang
Mo, 19.6.2023 19-21 Uhr	Lippstadt, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 19.6.2023 18-21 Uhr	Magdeburg, Domplatz	Demo
Mo, 19.6.2023 18-20 Uhr	Mannheim, Ehrenhof des Schlosses	Spaziergang
Mo, 19.6.2023 18-20 Uhr	Marbach am Neckar, Schillerdenkmal	Spaziergang
Mo, 19.6.2023 18-20 Uhr	March/Breisgau, Bürgerhaus	Spaziergang
Mo, 19.6.2023 18:30-21 Uhr	Mindelheim, Maximilian Straße 26	Spaziergang
Mo, 19.6.2023 19:20:30 Uhr	Naumburg, Vogelwiese	Spaziergang
Mo, 19.6.2023 19-21 Uhr	Norderstedt, Kino Spektrum	Spaziergang
Mo, 19.6.2023 18:30-20:30 Uhr	Nürnberg, Kornmarkt	Spaziergang
Mo, 19.6.2023 18-20 Uhr	Oldenburg, Rathausmarkt	Spaziergang
Mo, 19.6.2023 18-20 Uhr	Oranienburg, Schloßplatz	Kundgebung
Mo, 19.6.2023 18-20 Uhr	Plorzhheim, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 19.6.2023 18-20 Uhr	Potsdam, vor dem Filmmuseum	Mahnwache
Mo, 19.6.2023 19-21 Uhr	Prien am Chiemsee, vor dem Rathaus	Spaziergang
Mo, 19.6.2023 18-21 Uhr	Reinheim, Stadtpark	Spaziergang
Mo, 19.6.2023 16:30-17:15 Uhr	Rostock, Stadthafen	Schildermahnwache
Mo, 19.6.2023 18-20 Uhr	Rotenburg (Wümme), Neuer Markt	Spaziergang
Mo, 19.6.2023 18-20 Uhr	Rottweil, Markt	Spaziergang
Mo, 19.6.2023 18-20 Uhr	Salzwedel, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 19.6.2023 19-21 Uhr	Sauerlach/Bayern, Markt	Spaziergang
Mo, 19.6.2023 18-20 Uhr	Seeheim-Jungenheim, Rathaus	Demo
Mo, 19.6.2023 18-21 Uhr	Senftenberg, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 19.6.2023 18-20 Uhr	Siegen, Jakob-Scheiner-Platz	Spaziergang
Mo, 19.6.2023 18:45-20:15 Uhr	Solingen, Am Neumarkt	Spaziergang
Mo, 19.6.2023 17-19 Uhr	Stadthagen, Marktplatz	Montagsdemo
Mo, 19.6.2023 18-21 Uhr	Stralsund, Olof-Palme-Platz	Kundgebung und Aufzug
Mo, 19.6.2023 18-19 Uhr	Salz am Neckar, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 19.6.2023 18-20 Uhr	Tettnang beim Bodensee, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 19.6.2023 18-20 Uhr	Vaterstetten in Oberbayern, Rathaus	Spaziergang
Mo, 19.6.2023 18:30-21 Uhr	Villingen-Schwenningen, Am Alten Rathaus	Spaziergang
Mo, 19.6.2023 18:30-20:30 Uhr	Walrode/ Heidekreis, Rathaus	Spaziergang
Mo, 19.6.2023 17:30-19 Uhr	Werder(Havel), Plantagenplatz	Spaziergang
Mo, 19.6.2023 18-21 Uhr	Wesseling/NRW, Sankt Germanus Kirche	Demo
Mo, 19.6.2023 19:20:30 Uhr	Weimar, Theaterplatz	Demo
Mo, 19.6.2023 18-20 Uhr	Wismar, Markt	Versammlung
Mo, 19.6.2023 19-21:30 Uhr	Zehdenick (Brandenburg), Marktplatz	Demo und Kundgebung
Di, 20.6.2023 18-21 Uhr	Bernau bei Berlin, Rathaus	Spaziergang
Di, 20.6.2023 18-20 Uhr	Ortenberg/Hessen, Marktplatz	Spaziergang
Di, 20.6.2023 18-20 Uhr	Varel, Rathaus	Spaziergang
Di, 20.6.2023 19-21 Uhr	Wesel am Niederrhein, Martinstraße 6-8	Spaziergang
Di, 20.6.2023 19-21 Uhr	Wolgast, Am Kai	Demoaufzug
Mi, 21.6.2023 19-21 Uhr	Geisa, Am Kulturhaus	Spaziergang
Mi, 21.6.2023 17-19 Uhr	Landshut, Martinskirche	Andacht
Mi, 21.6.2023 19-21 Uhr	Mehrhoog/NRW, Begegnungsstätte	Demo
Mi, 21.6.2023 18-21 Uhr	München, Odeonsplatz	Umzug
Mi, 21.6.2023 19-21 Uhr	Naumburg (Saale), Vogelwiese	Offenes Mikrofon
Mi, 21.6.2023 18-19:30 Uhr	Neckarsulm, Felix-Wankel-Straße/Marktsstraße	Treffen
Mi, 21.6.2023 19:20:30 Uhr	Neckartailfingen, Schulhof Liebenauschule	Spaziergang
Mi, 21.6.2023 19:20:30 Uhr	Schulzenford, Rathaus (Richard-Israel-Str.)	Spaziergang
Mi, 21.6.2023 18-21 Uhr	Zwickau, auf dem Hauptmarkt	Kundgebung
Do, 22.6.2023 18-21 Uhr	Baunatal, am Marktplatz	Spaziergang
Do, 22.6.2023 17:30-18:30 Uhr	Berlin, Tempelhofer Damm/ Ecke M.-v.-Richthofen-Str.	Schilderdemo
Do, 22.6.2023 18-21 Uhr	Demmin, Am Marienhain	Demo
Do, 22.6.2023 15-18 Uhr	Frankfurt, Bertramstr. 8	Mahnwache
Do, 22.6.2023 17:30-19 Uhr	Hanau, Großauheim, Rochusplatz	Mahnwache
Do, 22.6.2023 19-21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Do, 22.6.2023 18:30-21 Uhr	Landsberg/Saalekreis, Markt	Spaziergang
Do, 22.6.2023 17-18:30 Uhr	Rostock, Brunnen der Lebensfreude	Kundgebung
Do, 22.6.2023 19-21 Uhr	Warstein, am Rathausplatz auf der Treppe	Dialog
Fr, 23.6.2023 18-20 Uhr	Raesfeld/NRW, Rathausplatz	Demo
Sa, 24.6.2023 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 24.6.2023 15-18 Uhr	Bochum, Dr.-Ruer-Platz	Umzug und Kundgebung
Sa, 24.6.2023 15-19 Uhr	Düsseldorf, Johannes-Rau-Platz	Demo und Umzug
Sa, 24.6.2023 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft
Sa, 24.6.2023 13-18 Uhr	Emden, Hafentorplatz	Grundrechtsdemo
Sa, 24.6.2023 18-20 Uhr	Kirchen (Sieg), Rathaus	Spaziergang
Sa, 24.6.2023 15:15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 24.6.2023 15:30-18 Uhr	Plorzhheim, Marktplatz	Demo
Sa, 24.6.2023 15-17 Uhr	Rostock, Rosengarten	Kundgebung und Aufzug
Sa, 1.7.2023 14-17 Uhr	Freiburg am Breisgau, Platz der alten Synagoge	Schweigemarsch
Mo, 3.7.2023 17-20 Uhr	Darmstadt, Ludwigsplatz	Mahnwache
Mi, 5.7.2023 18-20 Uhr	Heidelberg, Schwanenteichanlage	Demo
Mi, 7.7.2023 18:30-21 Uhr	Huckarde, am Marktplatz	Spaziergang
Sa, 15.7.2023 14-16 Uhr	Freiburg am Breisgau, am Konzerthaus ggü. Hbf	Fahrraddemo

Veranstaltungstermine bitte an die E-Mailadresse veranstaltung@demokratischerwiderstand.de senden.
Aktuelle Informationen: <https://nichtohneuns.de> + NEWSLETTER ABONNIEREN



WOFÜR WIRD UNSER GELD AUSGEBEN?

KOLUMNE FREUND UND HELFER

Von Thomas Willi Völzke

Am 26. Juni 2003 hatte Star-Tenor Luciano Pavarotti seinen letzten Auftritt in der Deutschen Oper in Berlin. Er sang den Mario Cavara-dossi in Puccinis Oper *Tosca*. Am Tag zuvor fand eine Pressekonferenz mit ihm statt, über die in der *Berliner Abendschau* berichtet wurde.

Mr. Big P., wie Pavarotti auch genannt wurde, beantwortete gut gelaunt die üblichen Fragen. Dann wollte ein Reporter von ihm wissen, wie er denn die Situation Berlins mit seinen drei Opernhäusern einschätzen würde. Neben der Deutschen Oper gibt es in der Hauptstadt bis heute die Staatsoper Unter den Linden sowie die Komische Oper. Hintergrund der Frage des Journalisten war die Finanzmiserie Berlins, wegen der es heftige Diskussionen gab bezüglich der Existenz dieser drei Häuser sowie über Pläne, die Deutsche Oper und die Staatsoper miteinander zu fusionieren.

Pavarotti antwortete erst einmal eher unverbindlich, dass es doch wunderbar sei, wenn in dieser Stadt drei Opernhäuser existierten. Dann folgte eine Sprechpause, in der sein Gesicht wie zu einer Maske erstarrte. Ich gewann den Eindruck, als spiele sich vor seinen inneren Augen für wenige Sekunden ein Film ab. Schließlich hatte er sich gefasst und sagte, dass mehrere Opernhäuser in einer Stadt viele Menschen glücklich machen können. Eine Oper sei doch die Botschaft des Friedens. Es werde weltweit so viel Geld für Waffen und Kriege ausgegeben, was für unendliches Leid Sorge. Wenn das ganze Geld stattdessen in Kultur und damit auch in Opern fließen würde, könne sich jede Stadt mehrere solcher Spielstätten leisten. Daher würde er das Geld den Opern geben. Pavarotti, Jahrgang 1935, gestorben 2007, hatte als Kind den Krieg miterleben müssen. Neben seiner Karriere als Opern- und Konzertsänger engagierte er sich besonders für den Frieden.

Tosca gehört zurecht zu den bekanntesten Werken der Opernliteratur. Die Handlung spielt im Juni 1800 in Rom. Das Musikdrama von Liebe und Machtmissbrauch hat, so die immer wieder zu hörende Ansicht, nichts an Aktualität verloren. Der Beifall für Pavarotti am 26. Juni 2003 hielt, so berichtete es der *Spiegel*, rund 30 Minuten an. Ich werde aber niemals die Worte und die Gesichtszüge des Star-Tenors in der Pressekonferenz bei den Worten Kultur, Oper, Geld und Krieg vergessen. Pavarottis Lieder sind unsterblich. Wir bräuchten dringend einen Weltstar mit seiner Herzensbildung, der die Dinge so einfach auf den Punkt bringt. Es scheint, dass Pavarottis Appell vor 20 Jahren in Deutschland keine Nachhaltigkeit erzeugt hat.

Informationen zu den Polizisten für Aufklärung und weitere Texte finden Sie unter www.echte-polizisten.de



Foto: DemobilderDeutschland



Foto: Evelyn Strauch

13.000 MENSCHEN IN ERDING: DEMO ODER WAHLKAMPFVERANSTALTUNG?

Die von Optikermeister Franz Widmann und der Kabarettistin Monika Gruber (oben links) organisierte Demonstration unter dem Motto »Stoppt die Heizungsideologie« in Erding (Bayern) sorgte am vergangenen Wochenende bundesweit für großen Wirbel – vor allem medial. 13.000 Menschen strömten zum Volksfestplatz. Sämtliche *Mainstream*-Medien und der *ÖRR* berichteten. Für reichlich Gesprächsstoff sorgte, dass – zumal wenige Monate vor den Landtagswahlen in Bayern (8. Oktober) – auch Politiker wie u. a. Markus Söder (CSU), Hubert Aiwanger (Freie Wähler) und Martin Hagen (FDP) eingeladen wurden und neben den Organisatoren Reden halten durften, während Vertreter der AfD, die laut aktuellen Umfragen immerhin ein Fünftel der Bevölkerung hinter sich weiß, unerwünscht waren. Die AfD machte deswegen parallel zur Veranstaltung am Rande des Geländes eine eigene Demo.

Vor allem der Auftritt Söders hatte es in sich: Zu Beginn seiner Rede kam er kaum zu Wort, so heftig wurde er ausgepiffen. Dazu gesellten sich lautstarke »Hau ab«-Rufe. Gruber musste eingreifen: »Wir leben in einer Demokratie, Freunde. Lasst bitte jeden ausreden. Wir reden hier vom Bayerischen Ministerpräsidenten«, warb sie für »ein bissl mehr Respekt«. Da die Unmutsbekundungen dennoch kaum abrisen, platzte Söder der Kragen: »Haut selber ab! Wer so agiert, ist kein Demokrat. Von solchen Leuten grenzen wir uns ab.« (kmü)

»ICH HOFFE AUF EINE SOGWIRKUNG«

Live-Streamer Helge Spunkt über die Demo in Erding | INTERVIEW von Klaus Müller

Mit Helge Spunkt sprachen wir in DW-Ausgabe 132 bereits über seine Arbeit als *Demo-Streamer* und die Demokratiebewegung. Er war in Erding, berichtete live per *YouTube* über die Großdemo und schildert uns im Interview seine Eindrücke von vor Ort.

DW: Herr Spunkt, zunächst einmal: Was an der Demo war für Sie positiv?

Helge Spunkt: Corona-Maßnahmen-Kritiker und Heizer haben sich vereint und miteinander ausgetauscht. Die Demo hat es geschafft, sehr viele Menschen zum ersten Mal auf die Straße zu bringen. Es wurde – auch medial – viel Staub aufgewirbelt. Ebenfalls positiv: Die Erdinger Polizei war erstaunlich nett. Ein Beamter lief mir hinterher, um mir meinen Mikro-Puschel zu geben, den ich verloren hatte. Und beim Rückwärtsgehen bin ich versehentlich mal in mehrere Polizisten hineingelaufen. Die haben mich daraufhin nicht zurückgestoßen, wie es bei anderen Demos zu erwarten gewesen wäre, sondern es mit Humor genommen. Derart freundliche Polizisten habe ich in den vergangenen drei Jahren nicht erlebt.

DW: Was war aus Ihrer Sicht weniger erfreulich?

H.S.: Das *Framing*. Alle, die Söder ausgebuht haben, wurden sofort wieder in die Nazi- und AfD-Schublade gesteckt. Natürlich waren AfD-Wähler darunter, aber eben auch viele andere, die mit der Partei nichts am Hut haben. Negativ war vor allem, dass die Demo im Großen und Ganzen zu einer Wahlkampfveranstaltung abgedriftet ist. Man hätte die Parteien, gerade so kurz vor den Landtagswahlen in Bayern, unbedingt außen vor lassen müssen. Insbesondere ein Söder spricht vor einer Wahl ganz anders als danach.

DW: Andere kritisierten, dass wenn man schon Vertreter der Parteien einlädt, auch die AfD hätte berücksichtigen müssen. Man könne schließlich nicht selbst von Demokratie reden, aber gleichzeitig andere ausgrenzen.

H.S.: Den Vorwurf finde ich berechtigt. Ich bin kein AfD-Fan, aber auch ich als ehemals Linker stelle fest: Es ist die einzig verbliebene Oppositionspartei, die wir



Streamer Helge Spunkt bei der Arbeit: Er war in Erding dabei und äußert sich im Interview enttäuscht über Mitorganisatorin Monika Gruber. Foto: privat.

in Deutschland noch haben. Deshalb ist es gut, dass es sie gibt.

DW: Wie bewerten Sie Söders Reaktion auf die Pfiffe und Buhrufe?

H.S.: Das war eine Entgleisung. Daran sieht man, dass die Nerven blank liegen. Politiker sind rhetorisch und emotional geschult. Aber er hat die Kontrolle verloren. Das war nicht zu übersehen.

DW: Welchen Eindruck hatten Sie von Monika Gruber?

H.S.: Ich fand es nicht gut, dass sie an die Menschen appellierte, sie sollten Söder doch ausreden lassen. Es gab gute Gründe, warum die Leute so reagierten. Entweder hat sie vergessen, dass er während Corona auf friedliche Demonstranten brutal einprügeln ließ oder sie hat es gar nie mitbekommen.

DW: Dennoch ist es positiv, dass mit ihr eine Prominente aktiv wird, oder?

H.S.: Natürlich freue ich mich, dass etwas passiert. Jede Demo gibt uns mehr Kraft. Aber: Während der Plandemie hat man von Frau Gruber nicht sehr viel gehört.

DW: Sie hat die 2G-Regel scharf kritisiert, ebenso, dass viele Bürger die Maßnahmen »blind und hirnlos« mitgetragen hätten und sie machte

früh klar, sich nicht an der Spaltung der Gesellschaft beteiligen zu wollen.

H.S.: Aber erst jetzt, da es ihr als finanziell gut situierte Hauseigentümerin ans Geldsäckel geht, versucht sie, die Menschen zu mobilisieren. Das gilt auch für viele andere der 13.000 Teilnehmer: Wo waren sie, als man Alte alleine sterben, Kinder leiden ließ und auf friedliche Demonstranten einschlug? Geld ist vielen offenbar wichtiger als Freiheit und ihre Grundrechte. Das stimmt mich traurig, zumal die grüne Heizungs politik, gegen die in Erding protestiert wurde, nur ein Problem von vielen ist. Trotz allem: Wenn 13.000 Menschen auf eine Demo gehen, ist es ein Schritt in die richtige Richtung. Ich hoffe, dass der entfachte Impuls bei möglichst vielen anhält und sie endlich realisieren, dass in diesem Land noch viel mehr schief läuft. Die Corona-Geschehnisse müssen aufgearbeitet und Entscheidungsträger vor Gericht gestellt werden.

DW: Einige Demo-Teilnehmer wünschten sich Monika Gruber als kommende Bayerische Ministerpräsidentin. Wäre sie eine gute Wahl?

H.S.: Ich glaube nicht, dass sie eine sehr große Verbesserung wäre. Klar, sie würde ihre Politik wahrscheinlich gegen die Grünen ausrichten. Aber für die kleinen Leute würde sich wohl nicht viel verändern.

DW: Gruber kündigte an, Erding sei erst der Anfang gewesen. Demnächst soll es in München auf der Theresienwiese eine noch deutlich größere Demonstration geben.

H.S.: Darauf bin ich schon sehr gespannt. Ich frage mich, wie die Leute auf Monika Gruber reagieren werden. Die Reaktionen in Erding waren gemischt: Sie wurde von vielen bejubelt, aber bei anderen hat sie auch Sympathien verspielt. Es kann sein, dass viele nicht kommen werden, weil sie keine Lust auf eine weitere Wahlkampfveranstaltung haben. Möglicherweise könnte Erding aber auch eine Sogwirkung entfacht haben, so dass es richtig voll wird. Ich hoffe auf Letzteres, halte aber beides für möglich. Ich werde auf jeden Fall wieder *live* von vor Ort berichten.

DW: Herr Spunkt, vielen Dank für das Gespräch.

**DIESE WOCHENZEITUNG**

VERTEILEN, AUSLEGEN,
VERKAUFEN

WARUM?

- Der »Demokratische Widerstand« erscheint wöchentlich seit dem 17. April 2020.

- Mit der gedruckten Zeitung erreichen wir Menschen, die sonst nur der Konzern- und Regierungspresse ausgeliefert sind.

- Verteilen Sie den Widerstand, halten Sie andere auf dem Laufenden und klären Sie auf: beim Spaziergehen, in Briefkästen, im Geschäft, im Betrieb, in der Fußgängerzone.

- Die Zeitung ist analog, somit auch von *Big Tech* unabhängig und unzensurierbar.

- Nach dem Kollaps der Presse: Bauen wir gemeinsam eine neue Wochenzeitung in deutscher Sprache auf.

WIE KOMMEN SIE AN DIE ZEITUNGEN?

- Geben Sie doch einfach auf demokratischerwiderstand.de/verteilen die Adresse an, an die wir die Zeitungen liefern sollen. Wir geben Ihre Daten nicht weiter. Wenn Sie kein Internet nutzen, fragen Sie jemanden, dem Sie vertrauen, ob er das für Sie erledigen kann.

- Wählen Sie aus, wie viele Zeitungen Sie verteilen wollen. Nicht übertreiben.

- Überweisen Sie die anfallenden Unkosten für Druck, Versand und Steuern.

- Bei der Überweisung schreiben Sie in das Betreff-Feld noch einmal Ihren Namen und Ihre Anschrift, damit wir ihre Zahlung sicher zuordnen können.

- Jeder Zahlungseingang wird einer Bestellung zugeordnet.

- Zahlungseingänge werden bis einschließlich Montag für den Druck und Versand der kommenden Zeitung berücksichtigt. Spätere Eingänge werden automatisch der darauffolgenden Ausgabe zugeordnet.

- Beim Verteilen erhaltene Spenden gehen an den Verteiler. Bei größeren Summen freut sich die Redaktion über einen Anteil, der ihr zusteht. Hier bereichert sich niemand.



Die Journalisten und Medienentwickler Kayvan Soufi-Siavash (KenFM, Apolut.net) und Anselm Lenz (DW-Zeitung, S&L Verlag) treffen sich zur Bestandsaufnahme. Ein Ausschnitt aus Bestandsaufnahme #15.

- Warum so negativ? Heute mal »grün«!
- Verkehrswende total: Endsieg in der Ukraine?
- Schwarz. Rot. Gold.

K.S.S. (scherzhaft): Wenn man diese verkappten Nazi-Symbole wie die deutschen Farben Schwarz-Rot-Gold ablehnt, sollte man konsequent sein. Blackrock kann so nicht mehr heißen. Die heißen jetzt Greenrock. Oder auch Claudia Roth, so ein Name geht natürlich nicht. Oder auch Golda Meir! Das geht nicht mehr. Da sollten wir mit gutem Beispiel vorangehen, diese Farben ablegen und uns umbenennen. Einfach, um mal ein Zeichen zu setzen.

A.L.: Cool! So machen wir's!

K.S.S.: Kommen wir zum Thema Klimaschutz. Die Verbrenner sollen ja abgeschafft werden. Wir sollen komplett umsteigen auf Fahrzeuge, die mit Strom betrieben werden. Den Strom bekommen wir dann schon irgendwoher. Wer jetzt sagt, im Strommix ist ja Kohle drin... – das sind die ewig madigmachenden Menschen. Die Energiewende ist gut, die funktioniert auch. Da weiß man gleich, woher der Wind weht. Ich denke aber, es reicht nicht nur das Aus für den Verbrenner, sondern es müsste das Aus für das Feuer an sich kommen, das Rauchen im öffentlichen Raum verboten werden. Nur noch E-Zigaretten, mit Atomstrom betrieben. Das Bekenntnis zur Energiewende müsste eigentlich durch Einführung der E-Zigarette für Erstklässler gefördert werden. Apropos E-Technologie: Frühsexualisierte Erziehung mit Vibrator, im Grunde ja auch eine E-Technologie, mit der man dann zeigen kann, was alles möglich ist.

Und Waldbrände müssten einfach verboten werden! Schon dahingehend, dass der, der in den Wald geht, schon verdächtigt wird. Oder den Wald abschaffen! Denn wenn es keinen Wald gibt, gibt's auch keinen Waldbrand. Das ist für mich die Verkehrswende. Was ich ganz, ganz wichtig finde, ist dass wir bis 2030 nicht nur auf E-Mobilität komplett umgestiegen sind, sondern ich bin auch für Linksverkehr! Es kann nicht sein, dass in einem Land wie Deutschland mit dieser »rechten« Vergangenheit noch rechts gefahren und rechts abgebogen wird. Ich denke, es ist wichtig, dass wir da zu unserer Vergangenheit stehen und die Verkehrswende hinbekommen. Das Rechtsabbiegen muss meiner Ansicht nach in Deutschland zwar nicht unbedingt verboten werden, darf aber nicht erlaubt sein! Und das ist doch etwas ganz anderes.

A.L. (scherzhaft): Das geht in die richtige Richtung! Es soll immer noch Deutsche geben, die Kalorien verbrennen. Das muss aufhören. Der Mensch muss weg, fangen wir bei den Deutschen an.

Mehr Bestandsaufnahme via Apolut.net und demokratischerwiderstand.de/pressekub

Wer hat Angst vor Comics?

Demokrat Captain Future über die Hausdurchsuchung in seiner Berliner Wohnung | INTERVIEW von Hendrik Sodenkamp

DW: Herr Future, Sie sind deutschlandweit bekannt, weil Sie seit dem Frühjahr 2020 mit Ihrem Comic-*Alter-Ego* »Captain Future« Demonstrationen und Aktionen gegen die Coronamaßnahmen, die Spritzen und nun das Nato-Kriegsregime organisieren. Heute Morgen – Mittwoch, 14. Juni 2023 – bekamen Sie Besuch von der Polizei. Was ist passiert?

Captain Future: Um 6.30 Uhr klingelte es an der Wohnungstür. Ich öffnete noch recht schlaftrunken und ging davon aus, dass es die Post sei. Jedoch standen fünf Beamte in meinem Hausflur mit einem Durchsuchungsbeschluss.

DW: Warum das?

C.F.: Sie sagten, gegen mich sei von der Staatsanwaltschaft ein Verfahren eröffnet worden, weil ich im Oktober 2022, also vor über einem halben Jahr, ein Video zu einer Veranstaltung hochgeladen hatte. In diesem sieht man den Gesundheitsminister Karl Lauterbach und hört Demonstranten, die ihm mit dem Ruf »Lauterbach muss weg« den Rücktritt nahelegen. In dem Moment, in dem Lauterbach die Biege macht, habe ich in dem Video ein passendes Geräusch eingefügt.

DW: Und das wäre?

C.F.: Das bekannte Geräusch der Figur Road Runner von den Looney Tunes, wenn er startet, um vor dem Kojoten wegzurennen. Die Staatsanwaltschaft will darin nun einen Schuss gehört haben und leitet daraus eine Aufforderung zur Gewalt an Herrn Lauterbach ab.

DW: Die Paranoia des bröckelnden Apparats.

C.F.: Es ist lächerlich. Ich will keine private Selbstjustiz, sondern allgemein anerkannte Gerechtigkeit sehen, das heißt, Herrn Lauterbach auf der Anklagebank in einem ordentlichen Gerichtsverfahren, in dem er sich für seine Verbrechen verantworten muss. Man muss schon frenetisch etwas finden wollen, um aus dem Road Runner eine Aufforderung zum Mord zu konstruieren. Bemerkenswert war, dass selbst den Polizisten der Einsatz sichtlich unangenehm zu sein schien. Der Einsatzleiter sagte mir, dass er bei der Staatsanwaltschaft durchsetzte, dass man meinen Computer nicht mitnehmen würde, da er wüsste, dass ich als Programmierer arbeite und man mir damit mein Arbeitsgerät entziehen würde.



Captain Future warnt eindringlich vor der Verwendung von Cartoon-Geräuschen in Videos. Foto: Videostill: Youtube, Freedom-Parade

DW: Da war die Polizei aber gut informiert.

C.F.: Er sagte, sie kämen von der Einheit des LKA, die sich mit Rechtsextremismus auseinandersetzen würde. Diese Abteilung ist jetzt anscheinend für friedliebende Demokraten wie mich vorgesehen. Auch die Kennenlern-Seite schwurbeltreff.de, die ich gestartet habe, kannten sie. Diese aktualisiere ich fortlaufend. Insofern hatte der Beamte nicht Unrecht. Ich benötige den Computer für meine Arbeit. Was sie mir aber wegnahmen, war das Telefon, mit dem ich das besagte Video aufgezeichnet habe.

DW: Wie lief der Besuch ab?

C.F.: Zuerst wurden alle spitzen Gegenstände auf einen Haufen gelegt, also Scheren und meine Küchenmesser. Alles wurde nach Waffen durchsucht. Aber natürlich wurde man nicht fündig. Die Polizisten waren recht entspannt und gaben sich Mühe, ihren Auftrag möglichst schnell über die Bühne zu bringen.

DW: Wie kommt es, dass die Polizei erst jetzt kam?

C.F.: Das besagte Video war mit über einer Million Aufrufe sehr erfolgreich. Vielleicht ist es so, dass die Mühlen der Justiz sehr langsam mahlen. Ich vermute aber, dass etwas anderes dahinter steckt: Am 2. Juni 2023 wagte ich es mit vielen anderen, in der brandenburgischen Stadt Falkensee Bundeskanzler Olaf Scholz Paroli zu bieten.

DW: Olaf Scholz wollte sich an diesem Tag volksnah zeigen, hatte Freibier auf dem Marktplatz angekündigt und wurde mit dem Ruf »Frieden schaffen ohne Waffen« bedacht und ausgebuht. Daraufhin verlor er auf offener Bühne die Fassung, was durch sämtliche Medien ging. Die Stimmung in der Bevölkerung wurde offensichtlich. Eine erfolgreiche Aktion also. Vor allem, weil Sie Scholz noch einmal direkt mit der Pipeline-Sprengung von Nordstream 2 durch die USA konfrontierten.

C.F.: Der Musiker Björn Banane, der in Falkensee auch dabei war, suchte nun am vergangenen Wochenende den sächsischen Ministerpräsidenten Michael Kretschmer bei einer Bürgeraudienz in der Staatskanzlei auf. Dort konfrontierte er ihn mit der wissenschaftlichen Haltlosigkeit der Coronamaßnahmen und den Spritzentoten. Auch Markus Söder wurde jetzt in Erding auf offener Bühne ausgebuht. Unsere Parteipolitiker wollen anscheinend nicht, dass die Stimmung in der Gesellschaft kenntlich wird. Der Burggraben um das Regierungsviertel soll so schnell wie möglich fertiggestellt werden, damit sie sich hinter Nato-Stacheldraht verstecken können.

DW: Diese Hausdurchsuchungen haben auch zum Ziel, oppositionelle Kräfte einzuschüchtern. Mit Erfolg?

C.F.: Die Vorwürfe gegen mich sind einfach haltlos. Das kann und wird nicht durchgehen. Natürlich mache ich weiter – mit Schwurbeltreff, oppositionellen Musikveranstaltungen wie dem Friedensfest im Mauerpark und mit Demonstrationen. Ich werde am 17. Juni in Dresden sein. Außerdem plane ich wie im vergangenen Jahr die große Augustdemonstration in Berlin mit.

DW: Zehntausende sind da im vergangenen Jahr zusammengekommen. Auf dem Berliner Gendarmenmarkt schlossen sich Montagsspaziergänger und Querdenker in die Arme.

C.F.: Dieses Jahr wird auch der Stuttgarter Unternehmer Michael Ballweg wieder da sein können, ebenso Rechtsanwalt Ralf Ludwig, Musiker Yann Song King und viele weitere. Der Termin ist der 5. August 2023, also der erste Samstag im August. Vor Gericht werde ich an diesem Wochenendtag also auf jeden Fall nicht stehen.

DW: Herr Future, wir danken Ihnen für das Gespräch.

Briefe an die Redaktion

WELCHE BEDEUTUNG HAT
DAS GRUNDGESETZ?

Ich habe soeben die aktuelle DW-Ausgabe gelesen und bin sehr zufrieden. Aber ich möchte Euch etwas fragen: Warum druckt Ihr in jeder Ausgabe das Grundgesetz (Artikel 1 bis 20) ab? Welche Bedeutung hat es für Euch und für unser Land? Wie ist es entstanden?

Ich leite meine Herkunft als Deutsche von meinem Großvater väterlicherseits ab. Er wurde am 4. Mai 1899 in Schwäbisch Gmünd, das damals zum Königreich Württemberg gehörte, geboren. Ich bin 78 und musste zu

meiner Verunsicherung feststellen, dass ich Zeit meines Lebens belogen wurde.

Es fing damit an, dass meine Mutter mich nach meiner Geburt anmeldete, damals wurde bereits meine Sozialversicherungsnummer erstellt und nach Washington DC gemeldet. Später bekam ich einen Personalausweis, seitdem lebe ich in »Wohnhaft« Inzwischen weiß ich, dass ich mit diesem Dokument staatenlos bin. Es heißt unter anderem, Deutschland sei nicht souverän, die BRD nur eine Verwaltungsorganisation für die Alliierten. Ist man mit diesem Thema sofort ein Reichsbürger? Bitte schreibt darüber! – Karin K., Überlingen

Leserbriefe an: K.D.W. e.V.
Postfach 35 02 16, 10211 Berlin

AUF DEM SCHIRM

- ✉ RUND BRIEF! Für Newsletter eintragen auf NichtOhneUns.de
- 📧 t.me/DemokratischerWiderstandTelegram
- 📷 instagram.com/demokratischerwiderstand
- 📘 facebook.com: DemokratischerWiderstandZeitung
- 📺 youtube.com: Demokratischer Widerstand

Inflation ohne Ende

Da die Allzweckwaffe Zinserhöhung gegen die Inflation nicht die gewünschte Wirkung zeigt, hat man nun die »Kerninflation« als Verursacher entdeckt. Welchen Nutzen hat das für die Verbraucher oder zumindest für die Erkenntnis? | Von Rüdiger Rauls

Der Begriff Kerninflation ist nicht neu. Er stammt aus den 1970er-Jahren. Nun hat vermutlich irgendein Wirtschaftswissenschaftler die Kerninflation aus den Archiven ausgegraben und sie wieder ins Gespräch gebracht. Jedenfalls wurde der Begriff von der Fachwelt dankbar aufgenommen und seit Monaten wird sie als die neue Erkenntnis für den Umgang mit Zinsen und Inflation herumgereicht.

EZB-Chefin Christine Lagarde scheint der Kerninflation eine hohe Bedeutung beizumessen. Denn nach der EZB-Ratssitzung vom März dieses Jahres erklärte sie, dass man über weitere Zinserhöhungen datenabhängig entscheiden werde. Damit waren sowohl die Inflationsprognosen gemeint, was nachvollziehbar ist, aber auch »die Entwicklung der Kerninflation«. Aber kaum jemand konnte mit dem Begriff etwas anfangen, außer dass damit der Preisanstieg langlebiger Güter gemeint.

Dennoch war das unbekannte Wesen Kerninflation in der Folge häufiger Erklärungsansatz für das bescheidene Ergebnis der kräftigen Zinsanhebungen. Es dauerte dann immerhin bis zum 13. Mai dieses Jahres, bis das Thema von der Frankfurter Allgemeine Zeitung, die unter den Mainstream-Medien neben dem Handelsblatt über die höchste Kompetenz in Wirtschaftsfragen verfügt, einer genaueren Untersuchung unterzogen wurde. Die Fragestellung ist, ist Kerninflation bedeutend oder nur eine »unscheinbare Messgröße der Statistikerds«.

Der Eindruck der Unscheinbarkeit konnte in dem Beitrag nicht ausgeräumt werden, geschweige denn dass die von der FAZ befragten Expertinnen der EZB die Bedeutung dieser Messgröße überhaupt darlegen konnten. Weder Lagarde noch Direktionsmitglied Isabel Schnabel oder Annette Frühling als erklärte Preisexpertin der Deutschen Bundesbank konnten Licht ins Halbdunkel der wirtschaftswissenschaftlichen Begriffswelt bringen.

Wenn auch die Gesamtinflation sich abgeschwächt habe, so sei der »zugrundeliegende Preisdruck« aber immer noch stark, bekennt Lagarde. »Gemeint ist damit die Kerninflation, plus ein paar weitere Messgrößen«. Verantwortlich dafür sieht die Preisexpertin Frühling Industriegüter und Dienstleistungen, wozu sie so unterschiedliche Gruppen zählt wie »etwa die Preise in Restaurants, für Bekleidung, für Pauschalreisen und Kraftwagen«. Auf diese glaubt sie, könne die Notenbank größeren Einfluss haben, erläutert diese Behauptung aber nicht.

Gleichzeitig aber schränkt die erklärte Preisexpertin ihre Aussage über die Bedeutung der Industriegüter insofern auch wieder ein, als dass diese nur für ein Drittel der Kerninflation verantwortlich seien. Den Löwenanteil machten die Dienstleistungen aus, wozu Frühling besonders die Lohnkosten zählt. Das versucht Frühling, damit zu erklären, dass »hohe Lohnabschlüsse als Folge der Inflation ihrerseits die Inflation zu treiben beginnen«, um dann gleich wieder einzuschränken: »Bis



EZB-Chefin Christine Lagarde rätselt, wie man die massiven Preissteigerungen dem Volk noch verklickern kann.
Foto: World Economic Forum (WEF)/Commons

jetzt allerdings sieht man davon in den Zahlen für die Entwicklung der Preise einzelner Dienstleistungen in der Verbraucherpreisstatistik noch nicht ganz viel; aber vielleicht ist das auch einfach nur zu früh.«

Anhand der wenig aussagekräftigen Informationen der Expertinnen ergibt die Kerninflation-Theorie kein in sich schlüssiges Bild. Noch weniger scheint sie in der Lage, einen Erklärungsansatz geschweige denn eine Lösung zu bieten für den ungemin-derten Preisauftrieb in der Wirklichkeit der meisten Menschen. Es stellt sich die Frage, wie bei so viel Unklarheit so hohe Erwartungen an die Wirkungen einer gebändig-ten Kerninflation erhoben werden können.

NOTENBANK IM ELFENBEINTURM

Mit dem Einmarsch Russlands in die Ukraine explodierten im Westen die Preise. Was aber als Zusammenhang dargestellt wurde, ist ein Trugschluss, denn die Preise besonders für die Energie waren schon 2021 durch den EU-Beschluss zur Bepreisung des Kohlendioxid stark angestiegen. Das wird immer wieder vergessen oder bewusst ausgeklammert, soll aber hier nicht weiter diskutiert werden.

Die explodierenden Preise sorgten für Unruhe in der Bevölkerung. Politik und Notenbanken gerieten unter Druck. Die Notenbanken behandelten das Phänomen der als Inflation bezeichneten Preissteigerungen als ein Ergebnis hoher Nachfrage. So war Lagarde beim Frühjahrstreffen des internationalen Währungsfonds in Washington am 14. April dieses Jahres überzeugt, dass »der verzögerte Preisdruck [Kerninflation, Anmerkung d. Verf.] nachlässt und die straffere Geldpolitik zunehmend die Nachfrage dämpft«. Preissteigerungen also als Ergebnis von Nachfrage?

Dass Lagarde diese Einschätzung selbst »mit erheblicher Unsicherheit behaftet« sieht, führt sie zurück auf »ein historisch kräftiges Wachstum der Löhne«. Die Notenbank-Expertinnen von Lagarde bis Frühling scheinen sich einig, dass hierin die Ursache für die Hartnäckigkeit der Inflation

liegt. Das ist aber nichts anderes als der alte Wein namens Lohn-Preis-Spirale im neuen Schlauch der Kerninflation.

Vielleicht aber wissen die Expertinnen nicht, wie das Leben der normalen Menschen aussieht. Von hoher Nachfrage als Preistreiber kann da keine Rede sein. Die Menschen schränken sich aufgrund der Aufschläge gerade für die Dinge des täglichen Bedarfs wie Lebensmittel und Energie immer mehr ein. Der Einzelhandel klagt über zurückgehende Umsätze, weil Kunden nur noch das wirklich Lebensnotwendige kaufen und das sogar immer öfter als Discount-Ware. Allein in Deutschland ist mittlerweile ein Fünftel der Menschen von Armut bedroht, und die Tafeln wissen nicht mehr, wie sie des Ansturms an Bedürftigen Herr werden sollen.

ZIELEN MIT VERBUNDENEN AUGEN

Anscheinend leben die Expertinnen der EZB in einer anderen Welt, in der hohe Preise einzig das Ergebnis hoher Nachfrage zu sein scheinen, und diese bekämpft man am besten mit hohen Zinsen. So lehren es die Wirtschaftswissenschaften. Dass hohe Preise aber auch mit Verknappung zu tun haben können wie beispielsweise den Sanktionen gegenüber russischem Gas, Öl und all den anderen Produkten, die der Westen bisher günstig aus Russland bezogen hatte, scheint vielen sogenannten Wirtschaftsexperten nicht in den Sinn zu kommen.

Das würde aber bedeuten, dass man die aktuelle Politik des Westens gegenüber Russland und der anstehenden Ausweitung der Sanktionen auf Drittstaaten wie China kritisieren müsste. Es ist unklar, ob die Expertinnen der EZB dieses Risiko nicht eingehen wollen oder ob sie durch ihre Wirtschaftstheorien so verblendet sind, dass sie die Wirklichkeit nicht erkennen.

Dieser Text wurde für diese Zeitung behutsam gekürzt. In Gänze ist er auf dem unabhängigen Journalistenportal apolut.net zu lesen.

Rüdiger Rauls, geboren 1952 ist Buchautor und betreibt den *Blog Politische Analyse*.

MELDUNG

MÖBELHAUS-BRANCHE BEKLAGT KUNDENSCHWUND

Köln/DW. Die deutsche Möbelbranche steckt einem Bericht der *Welt* zufolge in einer tiefen Krise. »Die Lage ist mehr als angespannt«, erklärt Markus Meyer, Präsident des Handelsverbandes Möbel und Küchen (BVDM). Die Kundenfrequenz in den Möbelhäusern sei in den vergangenen Monaten deutlich eingebrochen. »Wir haben bestimmt 30 bis 40 Prozent weniger Besucher«, so Meyer. Neben der Inflation mache er dafür vor allem die Politik der Grünen verantwortlich. »Wir spüren eine große Verunsicherung bei den Verbrauchern. Die Leute haben Angst vor der Situation, dass ihre Heizung kaputtgeht und sie dann viele zehntausend Euro in neue Technologien und einen Umbau ihres Hauses investieren müssen. Also halten sie ihr Geld zusammen.« (kmü)

INDUSTRIE WANDERT INS AUSLAND AB

Berlin/DW. Laut einer Umfrage des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI) verlagert jeder sechste Industriebetrieb (16 Prozent der befragten Unternehmen) in Deutschland aufgrund der hohen Energie- und Rohstoffkosten Jobs und Produktion ins Ausland. BDI-Präsident Siegfried Russwurm verlangt deshalb laut *Manager Magazin* mehr Entlastungen und weniger Bürokratie vom Bund. (kmü)

POLEN WILL GEGEN VERBRENNER-AUS KLAGEN

Warschau/London/DW. Polen will vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) gegen das Zulassungsverbot für Neuwagen mit Verbrennungsmotoren klagen. Dies kündigte Klimaministerin Anna Moskwa an. Polen ist mit diesem Teil und anderen Bereichen des EU-Klimaschutzprogramms »Fit for 55« nicht einverstanden und hoffe auf Unterstützung von anderen Ländern. Die EU hatte Ende März grünes Licht für das Aus von Verbrennungsmotoren ab 2035 gegeben. Schauspieler Rowan Atkinson, auch bekannt als Mr. Bean und begeisterter Autofan, rät derweil von E-Autos ab. In einem Gastbeitrag im britischen *Guardian* erklärte er, er fühle sich von E-Autos »zunehmend betrogen« und rät dazu, der Umwelt zuliebe seinen Verbrenner länger zu fahren. Atkinson verweist darauf, dass wenn man die Herstellung miteinbeziehen würde, der CO2-Ausstoß bei E-Autos um 70 Prozent höher sei als bei der Produktion eines Benziners. (kmü)

GROSSE GASTRO-KETTE: BARGELD, NEIN DANKE!

Dübendorf/DW. Die *Familie Wiesner Gastronomie AG (FWG)* akzeptiert in wenigen Monaten kein Bargeld mehr. Gäste in den 34 Restaurants der Schweizer Gastronomie-Gruppe (u. a. *Negishi Sushibar*, Burgerladen *The Butcher*) in Zürich, Bern, Luzern, Zug und Basel können ihre Rechnungen nach dem Sommer nur noch per Karte oder Bezahl-App begleichen. In den *FWG*-Restaurants betrage der Bargeldanteil laut *Blick* derzeit ohnehin nur noch fünf Prozent. (kmü)



WIR SIND DIE 99 PROZENT!
MOTOR MITTELSTAND
KOLUMNE *von Wolfgang Greulich*

**POLITIK HAT ANSTAND
UND MORAL VERLOREN**

Nach zehn Erhöhungen in Folge legt die US Notenbank eine Zinspause ein. Weitere Erhöhungen werden aber gleichzeitig angekündigt, denn die Inflation soll von aktuell 3,2 auf 2,0 Prozent gesenkt werden. Langfristig natürlich. Davon können wir hier in unseren deutschsprachigen Ländern nur träumen. Mit circa aktuell offiziellen 8 Prozent werden wir genauso belogen wie die Menschen in den USA. 10 bis 15 Prozent sind da schon eher realistisch.

Gleichzeitig können wir lernen, dass die kleineren Einkommen weniger wachsen werden als die größeren. Der Gini-Koeffizient, der die Ungleichheit darstellt, wird im laufenden Jahr um schlapp ein Prozentpunkt anwachsen. Im Vergleich dazu ist er im vergangenen Jahrzehnt von 0,39 auf 0,37 gesunken. Macht nix, dafür ist der Verbraucherindex auf über 116 Prozent gestiegen, bis 2020 immer unter 100 Prozent gewesen. Nun ja, sind die Preise einmal oben, werden sie da meistens auch belassen. Inflationsprämien für unsere Politiker sind nicht nur unnötig, sie sind einfach widerlich.

Es ist schade, denn eigentlich nennt man ein derartiges Verhalten Betrug. Aber Anstand und Moral haben an der Stelle schon lange verloren, nicht erst seit 2020. Sie haben Platz gemacht für Begriffe wie *pride* und *queer*. Es werden nicht nur ganze Stadtbilder »erstrahlen«, nein, es werden auch wieder jene Firmen ganz vorne mitmachen, die auch schon zu Corona-Zeiten mit eifrigem Gehorsam gegläntzt haben. Namen müssen nicht genannt werden, ein Spaziergang durch die Städte oder durchs Internet genügt. Und ebenfalls muss daraus immer mehr ein konsequentes Verhalten entstehen: Meiden, Meiden, konsequentes Meiden, das ist doch die stärkste Waffe der 99 Prozent. Genau hinschauen, wer zu einem passt, das gilt doch im privaten genauso wie im beruflichen Umfeld. Und, das ist auch nicht neu, umgeben wir uns doch immer mehr mit den Menschen, die uns Freude bereiten. So wird die notwendige Veränderung kommen, ganz von selbst und vor allem friedlich. Schon lange zeigen wir, wie das geht, auch wenn's weh tut, genau das ist der Weg. Individuell wie die Menschen.

Es braucht wirklich einen großen *Reset*, überwiegend den in den Köpfen der 99 Prozent. Es ist wichtig, selbst die Wahrheit zu suchen, um dann Zusammenhänge zu erkennen. Widerstand und Wandel *made in Germany!*

Wolfgang Greulich ist Widerstandsaktivist und erfolgreicher IT-Unternehmer.



Feuerwehrlaute demonstrieren im April 2022 gegen die drohende Impfpflicht in Berlin. Nun schlossen sie sich mit anderen Blaulicht-Berufen zusammen. Foto: DW/privat

»**GEMEINSAM FÜR EINE
GEEINTE GESELLSCHAFT**«

Eine Erklärung von Polizisten, Feuerwehrmännern und -frauen, Krankenpflegern, Ärzten und Soldaten zur Aufarbeitung der Corona-Verbrechen im Wortlaut.

Wer wir sind: Zur Blaulicht-Familie gehören für uns (1) Angehörige der klassischen Blaulicht-Berufe, wie Polizei, Feuerwehr, Rettungsdienst; (2) Angehörige nahestehender Berufsgruppen, zum Beispiel aus dem Gesundheitswesen, von den Staatsanwaltschaften und Gerichten, aus dem öffentlichen Dienst; (3) durch Eid an die Verfassung und die freiheitlich demokratische Grundordnung gebundene Menschen, wie zum Beispiel Soldaten, Lehrer, Verwaltungsbeamte, öffentliche Amtsträger; (4) darüber hinaus natürlich all deren Familien und Angehörige.

**UNSERE
ZIELE**

Die Versöhnung und das Zusammenführen der Menschen im Besonderen, die Auflösung der Spaltung innerhalb unserer Familie und im Allgemeinen, dasselbe übertragen auf die gesamte Gesellschaft. Außerdem die Wiederherstellung des Vertrauens in unsere Berufsgruppen und in rechtsstaatliche Grundprinzipien, wie zum Beispiel Verhältnismäßigkeit, Gewaltenteilung, Rechtsschutz, Remonstration im Beamtenrecht, Vorschriften zum Schutz vor Diskriminierung sowie die unsichtbare und lautlose Masse kritischer Mitglieder der Blaulicht Familie zu verbinden und vor allem wahrnehmbar ins Bewusstsein der Bevölkerung zu tragen.

Wir erklären, dass wir den umfassenden Betrug und die verheerenden Rechtsbrüche, die im Rahmen der weltweiten Krise rund um Corona begangen wurden, wahrgenommen und die hintergründigen Fakten erhoben haben. Dazu zählen die Änderung der Definition einer Pandemie, die fehlende Eignung von PCR-Tests zum Nachweis von Infektionen, die gezielte Erzeugung von Angst (wie im Panikpapier des Bundesinnenministeriums, in den sogenannten *Lockdown*-Files und in der Yale Studie belegt), die Unterlassung der Prüfung der Covid-19 Injektionen durch zuständige Behörden wie dem Paul-Ehrlich-Institut, die Unterlassung der aktiven Überprüfung negativer Folgen aller Corona Maßnahmen und die (anhaltende) falsche Darstellung

der tatsächlichen Lage. Die anschließenden Rechtsbrüche waren - und sind in Teilen bis heute - die Folge unterlassener Beweiserhebungen und somit einer unterlassenen Prüfung der Verhältnismäßigkeit seitens der zuständigen Gerichte.

Unter der Vorgabe die Gesundheit der Menschen zu schützen wurde ein Meinungskorridor erzeugt, welcher einer ausgewogenen Berichterstattung und tatsächlichen Gesundheitsvorsorge entgegensteht. Hilfreiche Maßnahmen wurden verschwiegen und teilweise gezielt ausgehebelt, sofern sie die Markteinführung der Covid-19-Injektionen hätten gefährden können.

Wir erklären, dass wir wahrgenommen haben, wie entgegen jedem Recht mit hochqualifizierten, angesehenen Mitmenschen, darunter Ärzte, Polizisten, Soldaten, Richter u. v. a., umgegangen wurde und wird. Und zwar nur weil sie öffentlich Kritik äußern, Fragen stellen, Beweise erheben und unabhängig rechtsprechen oder sogar lediglich Bedenken bekunden.

**DIE WÜRDE DES MENSCHEN
IST UNANTASTBAR**

Wir haben erkannt, dass der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit in den vergangenen drei Jahren in verschiedenen Bereichen missachtet wurde, was gegen unsere Verfassung verstößt. Grund- und Freiheitsrechte, wie die Meinungs- oder Versammlungsfreiheit, das Recht auf Freiheit, Gleichheit, körperliche Unversehrtheit und sogar das Recht auf Leben, wurden ohne eine fundierte Prüfung der Verhältnismäßigkeit eingeschränkt oder sogar gefährdet.

Die Würde des Menschen ist unantastbar. Kein Gesetz, keine Verordnung und keine Regelung kann verfassungsmäßig sein wenn die Menschen dadurch in ihrer Würde beeinträchtigt werden.

Wir erklären, dass wir für grundsätzliche demokratische Werte und Prinzipien, wie Rechtsstaatlichkeit, Verhältnismäßigkeit, Gewaltenteilung, Meinungs- und Versammlungsfreiheit, Subsidiarität und Souveränität, Freiheit, Gleichheit, und Brüderlichkeit eintreten und uns diese zu eigen machen. Wir setzen uns für diese Werte ein,

verteidigen sie und fordern sie hiermit auch aktiv ein.

Wir erklären, dass wir in unvorstellbarer Anzahl Fälle von Diskriminierung festgestellt haben. Begonnen mit Zutrittsverweigerungen gegenüber Menschen, die keine Maske tragen können oder dürfen, über die Absage von Vorstellungsgesprächen oder Praktika, aufgrund eines fehlenden »Impfnachweises«-, bis hin zu 3G, 2G oder gar 2G-Plus-Regeln, letztendlich gipfeln in der einrichtungsbezogenen Impfpflicht oder der Duldungspflicht bei der Bundeswehr.

**AUFARBEITUNG
UND AUSGLEICH**

All diese und die vielen weiteren Rechtsverstöße müssen benannt, eingestanden und im Sinne der Gerechtigkeit aufgearbeitet und ausgeglichen werden. Verantwortliche Entscheidungsträger müssen, unabhängig von strafrechtlich relevanten Sachverhalten, die entsprechenden Konsequenzen ziehen. Die juristische Aufarbeitung einerseits und die persönlichen Konsequenzen für die Menschen in verantwortlichen Positionen auf der anderen Seite, sind zwingend erforderlich, um einen erneuten zivilisatorischen Bruch dieser Art für die Zukunft zu verhindern. Die überwältigende Mehrheit aller Betroffenen wurde nicht aus intrinsischer Motivation oder aufgrund eigener krimineller Energie zum Täter oder Tatbeteiligten, sondern durch Nötigung und den Einsatz psychologischer Mittel. All diese Menschen sind auch selbst zu Opfern gemacht worden.

Wir erklären, dass wir als Staatsdiener und als Angehörige der Berufe, deren ureigenste Bedeutung darin liegt, der Gesellschaft zu dienen und damit den Menschen zu helfen, uns sichtbar unter dem Banner der Rechtsstaatlichkeit verbinden.

Diese Erklärung wurde gemeinschaftlich verfasst von Mitgliedern des Vereins Polizisten für Aufklärung, die Initiative Die blauen Lichter, der Feuerwehr-Gemeinschaft, den Initiativen Pflege für Aufklärung, Soldaten für das Grundgesetz und Ärzte für Aufklärung. Er erscheint hier im DW am Tag seiner Veröffentlichung zur Information und aus Gründen der historischen Dokumentation.

DIE PERFEKTE WELLE

Wer zerstörte den Staudamm am Dnjepr? | Von Felix Feistel

Am 6. Juni 2023 kam es durch massiven Artilleriebeschuss in Novaja Kachowka zur Zerstörung des Staudammes des Kachowka-Wasserkraftwerkes. Infolgedessen stieg der Wasserpegel des Flusses Dnjepr um mehrere Meter an, was zu einer Überflutung angrenzender Ortschaften wie die Städte Korsunskaja und Dnjeprany führte.

Der Fluss stellt über weite Strecken die Grenze zwischen ukrainisch und russisch kontrollierten Gebieten dar. Die Behörden auf Seiten Russlands begannen nach eigenen Angaben umgehend mit der Evakuierung der Bevölkerung. Insgesamt sind auf russischer Seite ungefähr 22.000 Menschen von der Zerstörung des Staudammes betroffen. Doch auch die 40.000 Einwohner umfassende Stadt Cherson wurde von einer großen Flutwelle erfasst und ist wahrscheinlich unbewohnbar geworden. Auch die Behörden der Ukraine begannen nach eigenen Angaben umgehend mit der Evakuierung des rechten Ufers begonnen. Dennoch kam es im Laufe der folgenden Tage zu Todesfällen in der Bevölkerung.

Wer für die Zerstörung des Staudammes verantwortlich ist, darüber gibt es widersprüchliche Angaben. Die Ukraine sowie der Westen machen Russland dafür verantwortlich. Allerdings sind Staudamm und Wasserkraftwerk in russischer Hand, nachdem beide im vergangenen Jahr erobert worden waren. Zudem hängt die Trinkwasserversorgung der Krim an diesem Stausee. Diese wurde erst nach der Eroberung durch Russland im vergangenen Jahr wieder hergestellt, nachdem die Ukraine zuvor acht Jahre lang der Krim das Trinkwasser abgedreht hatte. Westliche Medien und Politiker sehen darin den Beleg für die Grausamkeit der russischen Militärführung, die für ihre Ziele sogar die eigene Bevölkerung auf der Krim und am Ufer des Flusses opfert.

Die Überflutung stellt das russische Militär allerdings vor erhebliche Probleme. Es musste sich bereits zuvor aus dem nördlichen Teil der Oblast Cherson zurückziehen, weil ein Dammbruch ihre Versorgungsrouten gefährden würde. Auch russische Stellungen am Ufer des Flusses, die der Verteidigung dienten, wurden zerstört und dadurch unbrauchbar. Aufgrund der Geographie ist die russische Seite stärker von den Fluten betroffen. Große Teile der Oblast Cherson wurden überflutet und für lange Zeit in eine Sumpflandschaft verwandelt. Das rechte Ufer, das noch zur Ukraine gehört, liegt dagegen höher und hat daher weniger drastische Folgen zu befürchten.

Unmittelbar vor den Berichten der Zerstörung des Dammes hatte es verstärkte Angriffe der Ukraine auf den Damm und das Kraftwerk gegeben, bei denen auch schwere Artillerie eingesetzt worden war. Örtliche Behörden beschuldigen die ukrainische Seite, die gegen zwei Uhr nachts zahlreiche Angriffe in der Gegend des Wasserkraftwerkes durchführte, für die Zerstörung verantwortlich zu sein.

MAXIMALER SCHADEN

Auch der Sprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, bezeichnete die Zerstörung des Staudammes als vorsätzliche Sabotage seitens der Ukraine. Er führte aus, dass die Sabotage eindeutig darauf gerichtet sei, der Krim das Wasser zu entziehen. Für diese Theorie spricht, dass Kiew seit Anfang Mai die oberhalb des Stausees gelegenen Wasserreservoirs mit mehr Wasser füllte als sonst üblich. So wurde der Wasserstand des Kachowka-Reservoirs um 17 Meter erhöht. Grund dafür könnte der Plan gewesen sein, den bei einem Bruch des Kachowka Staudammes eintretenden Schaden zu maximieren.

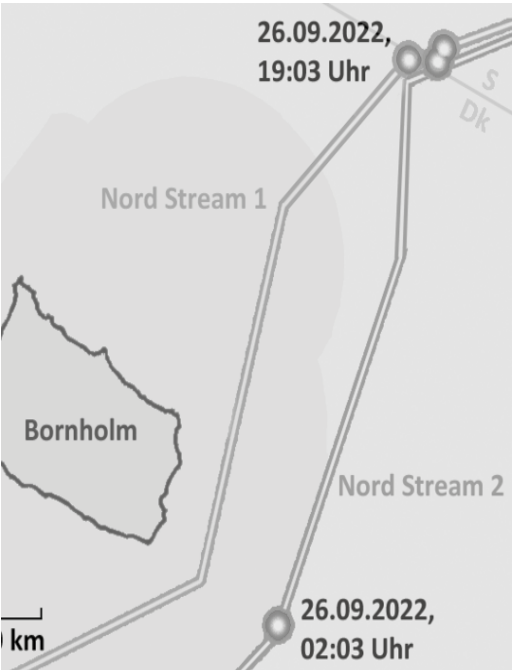


Der Staudamm des Kachowka-Wasserkraftwerkes vor seiner Zerstörung. Foto: Commons

Michail Podoljak, einflussreicher Berater des ukrainischen Präsidenten Selensky, wies die Verantwortung der Ukraine jedoch zurück und gab Russland die Schuld. Er sagte, Russland habe »die größte Umweltkatastrophe in Europa seit Jahrzehnten« verursacht. Hunderte Tonnen Öl sind infolge der Zerstörung in den Dnjepr geflossen. Die russischen Behörden in den betroffenen Gebieten haben den Notstand ausgerufen.

Spekulationen zufolge war der mutmaßliche Angriff der Ukraine auf den Staudamm Teil der lange angekündigten Großoffensive. Denn zeitgleich griffen ukrainische Truppen auch an anderen Stellen an, wurden aber bereits nach wenigen Stunden entlang der Front wieder zurückgeschlagen. Dabei wurden 3.715 Soldaten, 52 Panzer, 207 gepanzerte Kampffahrzeuge, 134 Fahrzeuge, fünf Flugzeuge, zwei Hubschrauber, 48 Feldartilleriegeschütze und 53 unbemannte Luftfahrzeuge zerstört, darunter auch acht deutsche Leopard Panzer.

Die russische Seite erleidet durch die Sprengung erheblich Nachteile. Daher ist es wahrscheinlicher, dass die Ukraine ihn bewusst zerstörte. Über solche Pläne der ukrainischen Armee berichtete die *Washington Post* schon im vergangenen Herbst. Damals hieß es, dass ein solcher Schlag als eine Art letztes Aufgebot bei einem Scheitern der Gegenoffensive durchgeführt werden könnte. Angaben des russischen Verteidigungsministeriums zufolge ist die Gegenoffensive gescheitert.



Die Orte und Zeitpunkte der Nordstream-Sprengungen. Bild: Commons

veröffentlicht, welche die Schuld mal Russland, mal der Ukraine oder ukrainischen Terroristen geben, die auf eigene Faust agiert haben sollen. Ein Versuch, von dem wahren Schuldigen, den USA, abzulenken.



MELDUNG

INDIEN: FELDZUG GEGEN BARGELD

Neu-Delhi/DW. Indiens Regierung zieht mit dem pinkfarbenen 2.000-Rupien-Schein die größte Banknote aus dem Verkehr. Bis Ende September haben die Inder Zeit, sie umzutauschen. Die neue größte Banknote im Land wird dann die 500-Rupien-Note sein, die umgerechnet etwa 5,70 Euro entspricht. Bereits 2016 hatte Premierminister Narendra Modi die Demonetarisierung Indiens in Gang gesetzt, indem er in den Abendnachrichten erklärte, dass 500- und 1.000-Rupien-Noten ab Mitternacht im Handel nicht mehr akzeptiert würden. Dies betraf 86 Prozent des gesamten Bargelds in Indien. (kmü)

POLNISCHE SPEZIALEINHEIT AN ANGRIFF BETEILIGT

Belgorod/DW. Bei einem bewaffneten Angriff auf die russische Grenzregion Belgorod am 22. und 23. Mai 2023 war auch eine polnische Spezialeinheit beteiligt. Dies teilte das polnische Freiwilligenkorps mit. Dabei hielten die Soldaten eine russische Grenzstation und zwei Dörfer für mehrere Stunden besetzt, beschossen weitere Dörfer sowie eine Kreisstadt mit Artillerie. Offizielle polnische Behörden haben die Nachricht bisher nicht bestätigt. (ff)

+++ IN ALLER KÜRZE GEMELDET +++

+++ Ex-NATO-Generalsekretär Anders Rasmussen erklärte, dass sich einige NATO-Länder, etwa Polen und das Baltikum, entschließen könnten, freiwillig eigene Soldaten in die Ukraine zu entsenden. +++ Diplomatische Höchststrafe für Bärbock: Bei ihrer Brasilien-Reise wollte sie dem Land eine Zusammenarbeit in der Demokratie anbieten und die Themen Umwelt, Klima und Ukrainekrieg ansprechen. Doch weder Staatspräsident Lula noch ihr brasilianischer Amtskollege Viera hatten Zeit für sie. So gab es nur ein Treffen mit dem außenpolitischen Berater des Präsidenten und Vize-Außenministerin Maria Laura da Roche. +++ Am 6. Juni demonstrierten in Frankreich erneut 1,5 Millionen Menschen gegen die Rentenreform von Macron. Einen Tag später verabschiedete die Pariser Regierung ein Gesetz zur Ausspionierung des Volkes, mit dem sie Mikrophone und Kameras der *Smartphones* Oppositioneller aus der Ferne aktivieren darf, um sie jederzeit privat ausspähen zu können. +++ (ff/kmü/hes)

NEUES NORDSTREAM-MÄRCHEN

Die *Washington Post* will etwas herausgefunden haben
Von Felix Feistel

Die Ukraine soll verantwortlich für die Sprengung der Nord-Stream-Pipelines im vergangenen Herbst sein. Dies berichtete die *Washington Post* am 6. Juni 2023. Demnach sollen US-amerikanische und europäische Geheimdienste im Vorhinein von den explosiven Plänen gewusst haben.

Ein nicht näher bezeichneter europäische Geheimdienst soll laut *Washington Post* die Informationen über die Pläne bereits im Juni an die CIA übergeben haben. Die Regierung Joseph Bidens erlangte demzufolge bereits drei Monate vor der Sprengung Kenntnis von den Plänen. Auch die deutsche Regierung wurde laut der US-Zeitung informiert. Dennoch soll die deutsche Regierung nichts unternommen haben, um die Sprengung zu verhindern.

Der Artikel basiert ausschließlich auf einem ominösen *Leak*. Bei diesen Dokumenten soll es sich angeblich um Pentagon-Papiere handeln, die in zwei Tranchen

veröffentlicht worden waren. Nach ihnen soll der ukrainische General General Zaluzny für den Anschlag verantwortlich sein. Bei diesem handelt es sich allerdings um einen Angehörigen der Armee. Für eine solche Sabotage zuständig wäre eher der ukrainische Geheimdienst SBU unter der Führung Kyrylo Budanovs. Laut *Washington Post* weigerten sich sowohl die Ukraine, als auch das Weiße Haus, Stellungnahmen abzugeben.

Schon vor einigen Monaten veröffentlichte der Enthüllungsjournalist Seymour Hersh nach einem DW-Artikel einen um eine Quelle ergänzten Text, in dem er die USA für die Sprengung verantwortlich machte. Dabei berief er sich auf Mitarbeiter aus dem Militär und dem Geheimdienst, von denen er zuverlässige Informationen erhielt.. Auch beschrieb er den genauen Hergang, nach dem spezielle Marinetaucher Sprengstoff bei einem groß angelegten See-Manöver platziert, und später per Fernzündung zündeten. Seitdem werden eine Reihe dubioser Ermittlungsergebnisse und Leaks

Am 30 Mai wurde Professor Dr. Arne Burkhardt im Alter von 79 Jahren durch einen tragischen Unglücksfall aus dem Leben gerissen. Mit ihm haben wir einen wunderbaren Menschen und erfahrenen Pathologen verloren, der sein Leben in den Dienst der Menschen stellte und einer der wichtigsten Wissenschaftler bei der Aufklärung der durch die experimentellen mRNA-Injektionen verursachten Todesfälle war. Seine Arbeit hat sämtliche Vorhersagen über die Risiken der Corona-»Impfung« bestätigt. So belegte er u. a., dass sich das Spike-Protein in fast allen Organen des menschlichen Körpers anreichern kann. Nachfolgend veröffentlichen wir ein Interview mit ihm, das der Fotograf und Filmmacher Kai Stuhlt im Rahmen seiner Serie »Können 100 Ärzte lügen« mit ihm geführt hat. Es stammt aus Mai 2022, hat an Aktualität jedoch nichts eingebüßt.

Kai Stuhlt: Herr Professor Doktor Burkhardt, was sind die Fakten, die Sie recherchieren konnten in den letzten Wochen?

Prof. Dr. Arne Burkhardt: Zunächst einmal habe ich Präparate von Gewebeproben von insgesamt 19 Patienten bekommen, die im zeitlichen Zusammenhang mit der Corona-Impfung verstorben sind. Das Wesentlichste ist, dass wir praktisch in allen Fällen – außer einem einzigen – regelmäßig Veränderungen an verschiedenen Organen und Organsystemen gefunden haben, die offensichtlich mit der Impfung in ursächlichem Zusammenhang stehen. Welche Rolle sie für den Todeseintritt gehabt haben, ist eine zweite Frage.

K.S.: Sie sind ein sehr erfahrener Pathologe und eigentlich bereits im Ruhestand. Sie haben sich dazu entschieden, wieder zurückzukommen und Ihre Erfahrung zu nutzen, um die Recherche voranzutreiben. Warum haben Sie sich das in Ihrem hohen Alter angetan?

A.B.: Zunächst einmal ist die Erfahrung in der Pathologie ein ganz wesentlicher Faktor. Und wenn in verschiedenen Mitteilungen immer etwas hämisch vom Pathologen im Ruhestand gesprochen wird, ist das natürlich vollkommen neben der Sache. Wie bin ich dazu gekommen? Eigentlich war das nicht primär meine Absicht, mich da zu engagieren. Aber ich habe das getan, was ich in den 40 Jahren meines Berufslebens getan habe, wenn Angehörige, Ärzte oder Kollegen an mich herangetreten sind und gebeten haben, einen Fall, sei es durch eine Biopsie oder Obduktion, abzuklären. Nach Einführung der Impfung haben mich sehr viele Angehörige und teilweise auch Rechtsanwälte angesprochen: Wo können wir obduzieren lassen? Was können wir machen? Ich habe dann die Fachverbände angeschrieben und darauf hingewiesen, dass es dringenden Bedarf gibt, eine Stelle zu schaffen, die sich damit beschäftigt. Ich habe auf meine Anfragen jedoch keine Antwort bekommen. Man wirft mir jetzt vor, ich hätte den fachlichen Disput nicht gesucht. Ich habe ihn gesucht – aber keine Antwort bekommen. Dann habe ich gesagt: Na gut, wenn niemand anderes es macht, dann mache ich das. Und das insbesondere auch deswegen, weil ich tatsächlich nicht im eigentlichen Ruhestand bin. Ich habe erst im März dieses Jahres die kassenärztliche Zulassung zurückgegeben. Bis dahin war ich täglich in der Routinediagnostik tätig – speziell in der Schnellschnittdiagnostik, die besonders

verantwortungsvoll ist. Ich habe Beratungsverträge mit verschiedenen Laboreinrichtungen, speziell auch in den USA. Mit Ruhestand hatte das nicht viel zu tun.

K.S.: Es ist gut, dass Sie darauf hinweisen, denn das Bild in den Medien war ein anderes und hat Sie diskreditiert. Jetzt interessiert mich: Sie haben 40 Jahre Erfahrung. Haben Sie solche Befunde, wie sie Ihnen nun vorliegen, in Ihrer beruflichen Laufbahn schon mal gesehen?

A.B.: Einen Großteil habe ich tatsächlich qualitativ so noch gar nicht gesehen, einen anderen Teil schon. Auffällig war, dass bei fast allen untersuchten Patienten und Patientinnen sehr seltene Veränderungen zu finden waren. Das kann kein Zufall sein. Wenn man sich nur einen Einzelfall betrachtet und findet hier ein paar Lymphozyten, dort ein bisschen Organdestruktion, kann man sagen: Gut, das ist alles noch im Rahmen. Aber wenn man eben eine Serie hat und bestimmte Veränderungen immer wieder auftreten, wird man stutzig und sagt sich: Das kann nicht mit rechten Dingen zugehen. Die Patienten, die ich untersucht habe, kommen aus allen möglichen Gegenden Deutschlands. Es gibt also keinen lokalen Faktor, der eine Rolle gespielt haben könnte. Es waren Männer und Frauen unterschiedlichen Alters.

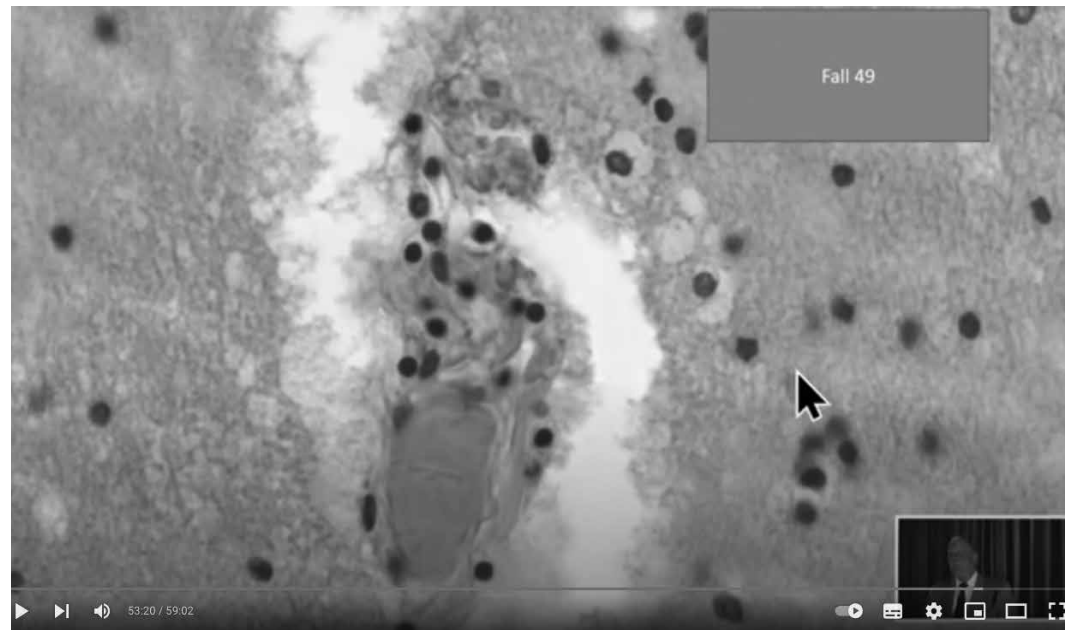
K.S.: Was bedeuten diese Veränderungen?

A.B.: Dass es bei fast allen Geimpften zu gewissen Organveränderungen kommt, deren Bedeutung für einen eventuellen Todes- oder Krankheitseintritt wir weiter abklären müssen.

K.S.: Das heißt also, es steht außer Zweifel, dass die Leichen, die Sie seziiert haben, diesen auffälligen Befund hatten?



Bei der ersten Pathologie-Konferenz in Reutlingen präsentierte Gewebeproben; ...



... sie zeigten eine tödliche Veränderung der Körpers durch die Coronaspritzen auf.

»Ich habe den fachlichen Befund, aber keine Antwort«

INTERVIEW mit dem Pathologen Prof. Dr. Arne Burkhardt

A.B.: Es gab einen Fall, bei dem wir nur minimale Veränderungen hatten, so dass wir sagen würden: Das kann auch Zufall sein.

K.S.: Über wie viele Leichen reden wir?

A.B.: 19.

K.S.: Das ist ja schon eine ganze Menge. Ist das repräsentativ? Kann man da schon auf etwas schließen?

A.B.: Ich denke, ja. Wie gesagt: Es kann eigentlich kein Zufall sein, dass wir bestimmte, sonst sehr seltene, Organveränderungen in praktisch allen diesen Fällen gefunden haben.

K.S.: Was sind die Auswirkungen dieser Organveränderungen?

A.B.: Das kann der Pathologe nur schwer beurteilen. Da kommen wir zu der schwierigen Frage: Was hat jetzt wirklich für den Todeseintritt eine wesentliche Rolle gespielt? Das ist sehr schwierig. Das können wir erst sagen, wenn wir alle Befunde bei einander haben.

K.S.: Wenn man die Leichen seziiert, erkennt man auch, falls es andere Todesursachen geben könnte, die nicht mit der Impfung in Verbindung stehen, etwa Vorerkrankungen. Oder handelte es sich um Menschen, die allesamt keine Vorerkrankungen hatten?



Die Erschütterung über seine Funde ist Prof. Arne Burkhardt bei der Pathologie-Konferenz.

»Ich hätte mir diese Befunde nicht erhofft, wenn ich nicht erhebt hätte, dass da etwas auf uns zukommt. Umstände schwerwiegend, die alle und unsere C...«

Prof. Dr. Arne Burkhardt

A.B.: Zunächst möchte ich darauf hinweisen: Die Obduktionen habe ich nicht selbst durchgeführt. Ich habe Gewebeproben, die entnommen wurden, untersucht. Es ist das Problem bei jeder Obduktion, dass man natürlich konkurrierende Erkrankungen hat – vorbestehende und länger zurückliegende. In der pathologisch-anatomischen Diagnose wird in der Regel unterschieden zwischen Grunderkrankungen und Todesursache. Das ist aber im Einzelfall sehr schwierig zu sagen. Deswegen bin ich auch so zurückhaltend. Was man sagen kann, ist, welche Veränderungen bei einem multifaktoriellen Geschehen, das zum Todeseintritt führte, eine wesentliche Rolle gespielt haben können. Bei über 50-jährigen ist es natürlich so, dass man praktisch nie Personen hat, die keine Vorerkrankungen haben. Dasselbe Problem hat sich natürlich bei der Frage

chen Disput gesucht, ort bekommen«

Burkhardt, der Ende Mai verstarb | Von Kai Stuth



ferenz am 20. Juni 2023 deutlich anzusehen. Foto: Imago/Schreyer

Mühe nicht gemacht, liche Bedenken hätte, s zukommt, was unter egende Folgen für uns Gesellschaft hat.«

ne Burkhardt

gestellt: Sind sie an oder mit Corona verstorben? Dort war man in der Regel der Meinung, sie sind an Corona gestorben, selbst wenn schwere Vorerkrankungen vorlagen. Bei den Impfschäden ist man eher auf der anderen Seite und sagt, sie sind eher zufällig mit und nach der Impfung gestorben.

K.S.: Was macht das mit Ihnen als Mensch? Können Sie ganz neutral bleiben, wenn Sie so einen Befund haben, oder bewegt Sie das emotional?

A.B.: Als Pathologe muss man sich zum Selbstschutz davon distanzieren, dass man es mit schweren Schicksalsgängen zu tun hat. Was anderes ist es, wenn ich – wie jetzt gerade in den letzten Tagen – Anrufe bekomme von Leuten, die am Telefon weinen und mir ihre Krankheitsgeschichte erzählen. Allein heute Morgen habe ich drei solcher Anrufe bekommen.

K.S.: Das waren also Menschen, die geimpft waren und ihre Geschichte erzählten?

A.B.: Ja, die entweder selbst oder indirekt betroffen waren. Eine Kollegin hat sich gemeldet hat und mir sehr detailliert ihre Beschwerden und schweren Nebenwirkungen geschildert. Sie hatte nach der Impfung ein Beinahe-Tod-Erlebnis. Sie als Ärztin kann das einerseits selbst sehr gut beurteilen, stößt andererseits aber bei den Kollegen auf Unverständnis. Auch Angehörige, etwa aus dem Berliner Raum, riefen an und beklagten sich, dass es in ihrer Umgebung offenbar keine Pathologie gibt, die willens ist, solche Obduktionen durchzuführen, obwohl der Berufsverband und die Deutsche Gesellschaft für Pathologie ständig dafür werben, Obduktionen durchführen zu lassen. Das ist jetzt plötzlich kein Thema mehr. Ein Anruf kam aus Österreich von jemandem, der sehr verzweifelt war, weil dessen Verlobte sehr plötzlich mit 50 Jahren an einen Hirnschlag verstorben ist.

K.S.: Sie sind auf der einen Seite Pathologe, auf der anderen Seite Wissenschaftler, aber auch Mensch. Mit was für einem Gefühl gehen Sie derzeit abends ins Bett?

A.B.: Na ja, man ist zum Teil schon ziemlich erschüttert.

K.S.: Ist das auch der Grund, warum Sie sich den Anfeindungen von außen stellen?

A.B.: Na ja, das Risiko war am Anfang noch nicht absehbar. Ich bin ja nicht an diese Fälle herangegangen und habe gesagt: Jetzt wollen wir mal gucken und was finden, was mit der Impfung im Zusammenhang steht. Ich war durchaus offen und hätte auch gesagt: Nee, ich sehe gar nichts. In einem Fall hatten wir das auch. Von daher bin ich da reingerutscht, indem ich das gemacht habe, was ich seit 40 Jahren mache: Nach bestem Wissen und Gewissen eine Diagnose stellen. Und diese Diagnose erstelle ich mit wissenschaftlich fundierten Methoden. Das heißt, die Obduktion, die histologische Untersuchung, ergänzt durch weitere immunhistologische Untersuchungen – das sind wissenschaftlich unumstrittene Methoden. Mit diesen erarbeite ich Befunde, die von jedem nachkontrolliert werden können, der daran interessiert ist. Und in der dritten Phase kommt

die Interpretation. Da lasse ich mich gerne in einzelnen Punkten belehren. Ich bin nicht die letzte Instanz für jede Diagnose, die ich stelle. Und ich muss bei einzelnen Organen durchaus sagen, dass ich nicht bis ins letzte Detail informiert bin über Veränderungen, die dort auftreten können. Darüber diskutiere ich gerne. Das ist Wissenschaft.

K.S.: Jetzt stehen Sie in der Öffentlichkeit und haben die Fakten auf den Tisch gelegt. Diese schmecken natürlich vielen ganz und gar nicht, weil sie nicht dem Narrativ der Politik entsprechen. Wir hören davon in den Medien nichts. Wie kommt Ihnen das vor, wenn Sie den Fernseher anschalten und Tagesschau oder die heute-Nachrichten gucken und sehen, dass über Ihre Erkenntnisse kein Wort verloren wird?

A.B.: Das ist schon bedenklich. Denn eine freiheitliche Gesellschaft in einem demokratischen Land lebt von Informationen. Aber davon soll sich jeder selber ein Bild machen. Warum muss ich mir die Dinge, die ich denken soll, von einem Journalisten vorkauen lassen?

K.S.: Nur ganz wenige Pathologen folgen Ihnen. Es gibt auch das Narrativ, dass es keinen Bedarf gebe, Leichen zu sezieren. Wie ist die Kommunikation mit Ihren Kollegen? Werden Sie von diesen angerufen, weil sie sich Ihre Befunde auch mal ansehen möchten oder stehen Sie mit Ihrem Interesse allein auf weiter Flur?

A.B.: Also in Deutschland stehe ich damit tatsächlich allein auf weiter Flur. Aber international haben sich verschiedene Kollegen – etwa aus Schweden, den USA, Italien und Österreich – an mich gewandt und gesagt: Wir haben dieselben Befunde erhoben.

K.S.: Das ist sehr bedenklich, oder?

A.B.: Ja, für mich schon.

K.S.: Wie viele Pathologen gibt es in Deutschland, die auf Ihrem Niveau arbeiten und eine ähnliche Erfahrung haben wie Sie?

A.B.: Es gibt ungefähr 1.500 Pathologen in Deutschland. Es ist keine riesige Zahl. Von denen sind nach meiner Kenntnis etwa 800 aktiv im Beruf tätig.

K.S.: Keiner dieser Kollegen hat bei Ihnen Rat geholt?

A.B.: Aus Deutschland kein Einziger.

Die Fortsetzung bzw. das komplette fast eineinhalbstündige Interview hören Sie auf www.100aerzte.com/kongress/arne-burkhardt. Wir haben den obigen Teil des Interviews für den DW sinngemäß gekürzt und angepasst. Wir danken für die Möglichkeit des Abdrucks.



Prof. Arne Burkhardt (r.) mit seinen Kollegen und Mitstreitern Prof. Walter Lang (l.) und Prof. Werner Bergholz (Mitte). Foto: Videostill



Das Letzte – von Anselm Lenz

LIEBE LESERINNEN (M/W)!

Die Ausgangsidee aus Washington und dem Nato-Hauptquartier Brüssel lautet: China ist der große Feind, er beweist, dass Kapitalismus ohne »unsere« Demokratie möglich ist. Um ihn, den Feind, China, zu bekämpfen, soll er nun kopiert werden. Man wird also wie der Feind, um nicht zu werden wie der Feind? Die Fake-Linken helfen dabei, die damit verbundene Verarmungspolitik als »grün« zu verkaufen und den sozialen Niedergang ein bißchen zu »managen«.

Es geht also einzig und allein um Macht und Geld – so traurig ist das. Die USA im rasanten Niedergang können nicht mehr das bringen, was ihnen durchaus viele Jahrzehnte zu Gute gehalten werden musste: Dass man tatsächlich im amerikanisch besetzten Raum zumindest nicht zwanghaft mitmachen musste. Doch jetzt gilt mit Hilfe der BRD-Bündnisgrünen: »Alle müssen mit!« Und zwar zunächst in den Stellvertreterkrieg auf dem Territorium der Ukraine!



LECHTS ODER RINKS?

Es sieht so aus, als werde die Geschichte Jürgen Elsässer, den Chefredakteur des Compact-Magazins freisprechen. Nach der sogenannten Finanzkrise ab dem Jahr 2007 wechselte Elsässer von politisch Links nach Rechts. Heute ist es noch leichter zu verstehen, warum er das tat. Die »organisierten Linken« vom DGB, von der SPD, von der Linkspartei und den Bündnisgrünen fielen als politischer Faktor aus. Das kann jetzt anders werden.

Der beliebteste und zurecht angesehenste Politiker aus all diesen Organisationen heißt seit mehr als zwei Jahrzehnten Sahra Wagenknecht, die zuletzt von ihren Neidern im Parteivorstand mit Parteiausschuss bedroht wurde. In meinem aktuellen Podcast bei den Kollegen von Apolut.net und auch in dieser Zeitung (Seite 14) rate ich zur Gründung einer neuen Linken durch Wagenknecht – mit straffer Führung und dem Ziel offensiv für den Sieg anzutreten. In Wahlumfragen vor 2017 hatte Wagenknecht Umfragewerte vor allen anderen Herausforderern.

Aber Parteien? Bringen die noch was? Natürlich nicht, am Ende wird alles gleichgeschaltet. Nur die Straße zählt, massenhaft! In allen Regionen unseres Landes sind die Menschen aufgestanden und stehen noch immer auf (Seite 6). Die Ziele der labellosen Demokratiebewegung lauten seit 28. März 2020

- I. SOFORTIGES ENDE DER CORONA-MASSNAHMEN AUCH IN DEUTSCHLAND.**
- II. WIEDEREINHALTUNG DES GRUNDGESETZES, DES NÜRNBERGER KODEXES UND DES MENSCHENRECHTES IN WORTLAUT UND SINN.**
- III. NEUWAHLEN, BRECHUNG DES PARTEIEN-PRIVILEGS, IMPERATIVES MANDAT.**
- IV. VOLKSENTSCHEIDE ÜBER ALLE GRUNDLEGENDEN ANGELEGENHEITEN.**
- V. VERFASSUNGSERNEUERUNG AUF BASIS DES GRUNDGESETZES MIT WIRTSCHAFTS- UND SOZIALCHARTA.**

Herzlich und hochachtungsvoll grüßt Sie
Anselm Lenz, Journalist, Verleger

»Sind die Linken noch zu retten?«

Über Bewegung und Parteiprojekte | Von Anselm Lenz

Die Corona-Lüge und die Unterwerfung unter das Nato-Kriegsnarrativ in Osteuropa haben vor allem eins erreicht: Die fast völlige Zerschlagung der organisierten politischen Linken von liberal bis kommunistisch. Das stellt der Kulturexperte Jakob Hayner von der Tageszeitung Die Welt fest. Als politisch ernstzunehmender Faktor bleibt nur die neue Friedens- und Demokratiebewegung, die seit 28. März 2020 auf die Straße geht.

»Es ist bis heute kaum zu fassen, wie die Linken in der Corona-Krise versagt haben. Protest gegen staatliche Maßnahmen? Nö, das war ja rechts«, erklärt der bekannte Kulturautor Jakob Hayner in der Tageszeitung Die Welt vom 22. Mai 2023. Er fordert: »Eine Aufarbeitung ist dringend nötig!«

Seit 28. März 2020, also seit fast dreieinhalb Jahren, hat sich in der Deutschland die größte, langanhaltendste und »tätlichste« demokratische Bewegung in allen Jahrhunderten der deutschen Geschichte erhoben. In allen Regionen unseres Landes sind die Menschen aufgestanden und stehen noch immer auf, wie unter anderem der wöchentliche Demokalender der Verfassungsbewegung auf NichtOhneUns.de und hier auf Seite 6 zeigt. Doch was in den nahezu gleichgeschalteten Medien nicht vorkam und vorkommt, fällt den Büroarbeitern der Medienkonzerne schwer, in das eigene Gegenwartsbild aufzunehmen.

FAKE-ANTIFA VERSUS DEMOKRATIEBEWEGUNG

Von solcherlei herbeilobbyiertem Hass auf alles Querdenken sind auch Autoren wie Hayner nicht ganz frei, zumindest werden die wesentlichen historischen Punkte und die Größe der Opposition ignoriert. Hayner stellt immerhin schon mal fest, wie peinlich die gemachte Fake-Antifa im Auftrag von Konzernen und Regierungsmitgliedern

agierte. »Wir impfen euch alle!«, skandiert eine Truppe mit Antifa-Fahnen. Sie tragen FFP-2-Masken an der freien Luft, unter ihresgleichen ein Erkennungszeichen. Auf ihren Plakaten verlangen sie mit Anspielung auf Bill Gates Systemupdates. Dem Kulturprofi Hayner entgehen die dialektischen Widersprüche nicht. Linkssein, das hatte auch nach dem Ende der real existierenden Alternativwelt des Sozialismus zumindest noch mit wirtschaftspolitischer Analyse zu tun. Man rang um Worte und fand viele dafür, wie die Armen und Ausgebeuteten zu mehr Machtmitteln kommen könnten – oder zumindest mal aus dem Elend herausfinden –, und demgegenüber Staatsapparate, Monopolisten und Milliardäre wie Gates zurückgedrängt, enteignet oder hart besteuert werden sollten.

Die heutige Sex- und Öko-Show hat damit nichts mehr zu tun. Im Gegenteil, das Regenbogenfeuerwerk ist ein konzertiertes Programm, um jeden systematischen Widerstand aus dem Volk zu ersticken und auf Nebengleise ins Nichts zu führen. Ich gehe darauf seit der Gründung meiner Autorengruppe »Haus Bartleby« im Jahr 2014 und seit 2020 in meinen Texten auf KenFM, Apolut, Rubikon und in der Wochenzeitung Demokratischer Widerstand dezidiert ein. Die Fahne des Regenbogens weht heute vor Filialen der Supermarktkonzerne, vor Stadtverwaltungen und Kasernen.

Wo Linke früher von der »Aneignung der Insignien der Macht« sprachen, um sich Zutritt zu den Salons der Mächtigen zu verschaffen und in der Nachfolge der Situationisten zu stören, muss man spätestens seit 2020 von einer »Aneignung der Insignien des Widerstandes« sprechen. Das Ding ohne sein Wesen hat als Phänomen die organisierte Linke erreicht. Cola ohne Zucker, Fleisch ohne Tier, Sex ohne Geschlecht, Sprechtheater ohne deutsche Texte, Autos ohne freie Fahrt, Kindergärten ohne Garten, Universitäten ohne Bildung, Medien ohne Nachrichten – und nun auch Linke ohne Arbeiter, Mittelstand, Jobber, kleine Händler, Arme, Ausgebeutete und das Verhältnis von Kapital und Arbeit, Macht und Unterworfenen.

WAS KANN EINE NEUE PARTEI

Als einzige »Linke« in der BRD aus dem Kreis der ins Medienkonzernkarussell Aufgenommene wehrten sich Sahra Wagenknecht,

Alice Schwarzer und die ehemalige CDU-Dame Ulrike Guérot – wie ohnehin die Frauen unter der Corona eine große Rolle spielen, insbesondere übrigens auf der Straße in der Demokratiebewegung seit 2020. Eine neue »linke« Partei – wird diese Aufstehen oder Die Basis heißen? – hat auf institutionellem Wege nur eine Chance, wenn sie gar nicht erst versucht, den ganz offensichtlich unterwanderten Organisationen DGB, SPD, Bündnis 90/ Die Grünen und Partei Die Linke zu gefallen. Letztere Partei hat nach dem neuesten Ausschlussversuch Wagenknechts wohl keinerlei Zukunft mehr. Das Ziel der neuen linken Partei müsste sein, die altlinken Parteien abzulösen und die Konflikte offensiv und siegreich auszutragen. Nur dann ist die angestrebte Repräsentation der Demokratiebewegung teilweise möglich, eine Kohorte von immerhin rund 20 Millionen Menschen und weiter wachsend, trotz schwächerer Zahlen bei den täglichen Demonstrationen im ganzen Land.

Ich muss ganz offen sagen: So, wie ich auch die kritischeren Linken in den vergangenen dreieinhalb Jahren erlebt habe, wird es sehr schwierig. Inkompetenz, Egos, Wichtigtuerei, Spalterei und Selbstüberschätzung sind so weit verbreitet, dass mit diesen Leuten kaum ein Staat zu machen sein wird. Die Linke fällt in Deutschland aus, anders als etwa in Frankreich und Italien und ... mit Abstrichen – England. Wagenknecht müsste schon eine sehr straffe Organisation formen, um nicht von den ewigen Grantlern und, mit Pardon, Vollidioten sowie von wiederum eingeschleusten Fake-Anwälten, V-Leuten und anderen Problemkandidaten zu Fall gebracht zu werden. (...)

Wird es einer kommenden neuen linken Partei, die es aller Wahrscheinlichkeit nach geben wird, gelingen, das entscheidende Thema der Spritzen anzugehen? Oder wird die neue Linke, wie alle anderen auch, sich daran beteiligen, die vielen Injektionsstoten und die riesige Anzahl an Injektionsgeschädigten herunterzuspielen? Um Hayners Ausgangsfrage zu beantworten, »sind die Linken noch zu retten?«. Das ist vielleicht geschehen, allerdings in einem sehr basalen Maße. Ich darf in aller Bescheidenheit auf meine Analysen, Tätigkeiten und Texte von März 2020 bis heute verweisen.

Dies ist ein Auszug aus dem gleichnamigen Text, der zuerst auf der unabhängigen Journalistenplattform apolut.net erschien. Dort ist er in Gänze zu lesen und als Audio-strecke zu hören.

+++ IN ALLER KÜRZE GEMELDET +++

+++ Servus TV wird seinen linearen Sendebetrieb in Deutschland ab 2024 einstellen. Der Sender setzt seinen Fokus in Deutschland dann auf die digitale Verbreitung über die Videoplattform Servus TV On. +++ Die erste Episode von Tucker Carlsons neuer Show auf Twitter wurde binnen 24 Stunden bereits über 87 Millionen (!) Mal angesehen. +++ Im April wurde US-Schauspieler Jamie Foxx in die Notaufnahme eingeliefert. Hollywood-Journalist A.J. Benza erklärte dazu nun im Podcast Ask Dr. Drew: »Jamie wollte keine Covid-Impfung, doch man hat ihn wegen des Drehs unter Druck gesetzt. Danach hat er ein Blutgerinnsel im Gehirn entwickelt, durch das er teilweise gelähmt und blind war.« +++ Rund 100 Künstler üben in einem offenen Brief heftige Kritik am Asyl-Kurs der Bundesregierung und fordern humanitäre Verbesserungen des Asylrechts. Zu den Unterzeichnern gehören u. a. Sänger Herbert Grönemeyer, die Bands Deichkind und Revolverheld, die Schauspieler Nina Hoss und Benno Fürmann sowie Moderator Klaas Heufer-Umlauf. +++ (kmü) Jamie Foxx (Foto)



UNSER BITCOIN SPENDEN-QR-CODE ZUM SCANNEN

3FyecLmLurGH59q7DQJLCSdinYndGyEyWt

Negativliste Banken nach Erfahrung der Redaktion:

DAS ZEITUNGSWUNDER 2020 BIS ...?

Die Wochenzeitung Demokratischer Widerstand seit 17. April 2020 mit teils über 700.000 echt verteilten Exemplaren, einer Gesamtauflage von über 25 Millionen in 136 Ausgaben. Dank allen Beteiligten! Bild: Titel des DW N° 72 vom 10. Dezember 2021.

JAHRESABO ABSCHLIESSEN: demokratischerwiderstand.de/abo

Neu! VERANSTALTUNGSKALENDER

17.06.2023 • Halle (Saale); Comcenter Halle, Willy-Brandt-Str. 57, 06110 Halle • TAGESKONGRESS • »Spirituelle Mathematik« von der Gaia Akademie mit Axel Klitzke, Frank Jacob, Frank Bohne, Andreas Beutel, Christian A. M. Wagener, sowie Musik von und mit Georg Bermuda • 10:00-21:00 Uhr • Tickets ab 35€ unter www.gaia-akademie.org

19.06.2023 • Berlin; Al Hamra, Raumerstr.16, 10437 Berlin • KABARETT • »Zirkus Berlin« von und mit Arnulf Rating • 19:30 Uhr • Eintritt frei um Spenden wird gebeten

20.06.2023 • Berlin; Sprechsaal, Marienstr.26, 10117 Berlin • PODIUMSDISKUSSION • »Frieden: Was soll das sein?« mit Prof. Klaus-J. Bruder, Dr. Malte Griesse, Dr. Gabriele Gysi, Norbert Voss moderiert • 18:00 bis 20:00 Uhr • Eintritt frei

23.06.2023 • Sylt; Kursaal 3, Strandstr. 25, 25996 Wenningstedt-Braderup • KABARETT • »Lügen und andere Wahrheiten« von und mit Uli Masuth • 20:15 Uhr • Tickets ab 25€ unter www.kabarett-musik.de

30.06.2023 • Lüdinghausen; Kapitelsaal auf der Burg, Amthaus 14, 59348 Lüdinghausen • KABARETT • »Lügen und andere Wahrheiten« von und mit Uli Masuth • 20:00 Uhr • Tickets 15€ im Vorverkauf im Café Holtermann • Infos unter www.kaktus-kulturforum.de

01. und 02.07.2023 • Berlin; HotelAquino, Hannoversche Str. 5b, 10115 Berlin • PSYCHOLOGIE-SYMPOSIUM • »Aus der Angst in die Selbstermächtigung« mit Bastian Barucker, Katja Wrobel, Katharina von Weiler, Prof. Klaus-Jürgen Bruder u. v. a. • Tickets unter ppt-symposium-selbstermaechtigung.de

26.-30.07.2023 • Friesack; Freilichtbühne, Vietznitzer Str. 14, 14662 Friesack • FESTIVAL • »Pax Terra Musica 2023« • Tickets und Informationen unter pax-terra-musica.de

Wenn wir Ihre Veranstaltung ankündigen sollen, schreiben Sie eine E-mail an veranstaltung@demokratischerwiderstand.de Aktuelle Hinweise gibt es im Newsletter über <https://nichtohneuns.de>



SPORT MIT BERTHOLD NUR DAS GELD ZÄHLT

Das 1000. deutsche Fußball-Länderspiel fand am Montag statt. Ich habe mir das Spiel nicht angeschaut, wuste gar nicht, wann gespielt wird.

Der Stellenwert solcher Spiele ist gering. Die Saison war lang, die Spieler brauchen eine Pause. Trotzdem wird das »Schaulaufen« durchgedrückt. Es wird seit langem beklagt, dass der Sport immer weiter ausgepresst wird – politisch, menschlich und wirtschaftlich. Die Verbände müssen das Programm reduzieren – und nicht immer herumheucheln oder halbherzige Debatten führen. Aber für die Sportfunktionäre zählt leider nur das Geld, ohne Rücksichtnahme auf die Spieler.

Thomas Berthold ist unter anderem Fußballweltmeister 1990 und Sportchef dieser Zeitung.

DW-EMPFEHLUNGLISTE

Diese Bücher sind im freien Handel erhältlich.
Neue Rezensionsexemplare bitte schicken an
DW/KDW | Postfach 35 02 16 | 10211 Berlin



**DAS KONSPIRATIONISTISCHE
MANIFEST**
Anonym
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-9-1



LÜGEN, LÜGEN, LÜGEN
Terror, Tyrannei und Weltenbrand als
Neue Normalität der Globalisten
Flo Osrainik
Rubikon-Verlag
ISBN: 978-3967890389



LAND OHNE MUT
Eine Anleitung für die Rückkehr
zu Wissenschaft und
Rechtsordnung
Michael Esfeld, Achgut-Edition
ISBN: 978-3-9822771-6-5



IMPERIUM USA
Die skrupellose Weltmacht

Daniele Ganser
Westend-Verlag
ISBN: 978-3864894138



DIE PROPAGANDA-MATRIX
Der Kampf für freie Medien
entscheidet über unser Zukunft
Michael Meyen
Rubikon-Verlag
ISBN: 978-3967890204



DER WIDERSTAND KOCHT!
Schwurbler am Herd

Tobias Fink
Reiwerle-Buch
bestellbar unter reiwerle.de



CORONA. INSZENIERUNG EINER KRISE

Prof. Klaus-Jürgen Bruder,
Prof. Almuth-Bruder Bezzel,
Dr. Jürgen Günther (Hgg.)
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-5-3



DIE CORONA-LITANEI
Gedichte gegen die verordnete
Verödung des Lebens

Dr. Werner Köhne
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-8-4



DAS CORONA-ABC
Von Alarmsimus bis Zensur
Schwarzbuch Corona Band II

Sven Magnus Hanefeld
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-6-0



CHRONIK EINER ABRECHNUNG

Flo Osrainik
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-7-7



GEDENKSTEIN ANGEGRIFFEN

Das Regime versucht mit allen Mitteln, die Wahrheit zu unterdrücken. Am 28. Mai 2023 drangen Mitarbeiter des Apparates auf Privatgrund in Zinnwald-Georgenfeld (Sachsen) ein und versiegelten einen Gedenkstein für die Opfer der Zwangsspritzungen. Über 100.000 fielen den Injektionen direkt zum Opfer, mehrere Hunderttausende wurden verstümmelt. Eine außergewöhnliche Seuche gab es auch nach offiziellen Daten seit 2019 zu keinem Zeitpunkt. Über die Vorgänge und den Prozess für den Erhalt des Gedenksteins berichten die gleichgeschalteten Konzernmedien nicht. (ale)



STREITBARER HELD GESUCHT

KOLUMNE CHRISTEN
IM WIDERSTAND

von Michael Schuch

Die Abwärtsspirale des wirtschaftlichen und moralischen Verfalls drehte sich immer schneller. Kein Wunder, sie hatten ihren Gott verlassen, sich stattdessen dem Götzendienst verschrieben.

Groß war die Not im Lande, dessen Bewohner unter der Hand ihrer Feinde ächzten. Diese zogen »massenhaft wie Heuschrecken« (Richter 6,5) jedes Jahr herauf, um die gesamte Ernte zu vernichten und allen Vorrat an Lebensmitteln mitzunehmen. Wer angesichts dieser parasitären Invasoren überleben wollte, musste findig sein

und es im Verborgenen tun. So wie ein gewisser Gideon, der das bisschen Weizen, das ihm zur Verfügung stand, heimlich in einer Kelter drosch, um nicht entdeckt zu werden.

Doch nun bekommt er Besuch von einem Fremden, der augenscheinlich auf der Durchreise ist. Dieser setzt sich zunächst unter einen Baum und schaut Gideon eine Weile bei der Arbeit zu, bevor er das Wort an ihn richtet: »Der HERR mit dir, du streitbarer Held« (Richter 6,12).

Moment: Wo ist hier der Held? Ich sehe in dieser Szene keinen mutigen Mann, nur einen frustrierten und an Gottes Handeln zweifelnden Menschen. Der Held, von dem hier die Rede ist, muss wohl erst noch gebacken werden. Wie lange würde das wohl dauern?

Der Fremde entpuppt sich als ein Engel des HERRN. Seine Anrede klingt ironisch und doch spiegelt sie Gideons Wirkungsmöglichkeit wider, im Schnelldurchlauf ein Befreier seines Volkes zu werden. Aber nicht aus eigener Kraft, sondern durch göttliche Ermächtigung. Deshalb ist der »streitbare Held« nach der griechischen Übersetzung,

der Septuaginta, auch kein »Heros«, sondern ein von Gottes Kraft, Gottes »Dynamik«, gestärkter Mann.

Es ist eine Begegnung, die Gideons Leben im Handumdrehen verändert: In der darauffolgenden Nacht reißt er mit einigen von seinen Leuten den Altar des Baal nieder und haut das Standbild der Aschera um. Er bringt Jahwe ein Brandopfer dar und lässt dabei das Holz der Statue in Rauch aufgehen. Ein Kapitel später ist das Heer der Unterdrücker restlos besiegt – weil er, wie C. H. Spurgeon kommentiert, »seine Schlagkraft vergrößert hatte, indem er die Zahl seiner Streitkräfte verminderte« – von 32.000 auf 300 Kämpfer!

»Streitbarer Held gesucht« – das ist auch heute Gottes Ruf, der deine Klage über den immer stärker werdenden Sog der Abwärtsspirale übertönen möchte. Höre IHM zu, wirf deine Götzen ins Feuer und lass dich von IHM ermächtigen – dann werden Wunder Wirklichkeit!

Der Autor ist SAP-Berater und wohnt im Landkreis Schwäbisch Hall (anti.pas@gmx.de)



RETTET DIE STADIEN!

KOLUMNE MEDIEN
von Prof. Michael Meyen

Im Medienzirkus sind wieder einmal alle Gäule durchgegangen. Ein Pranger für eine deutsche Kultursensation, riesengroß, auf jedem Kanal. Bei genauem Hinsehen ist da – nichts. Es geht um Moral. Und es geht um Kontrolle.

Nun also Rammstein. Sommer, Musik, Ekstase. So ein volles Stadion ist ein gefährlicher Ort. Zehntausende Menschen, die sich nicht kennen, aber eine Leidenschaft teilen. Fußball, eine Band, ein Idol.

Zehntausende Menschen, die spüren: Ich bin nicht allein. Andere sehen die Welt genauso wie ich. In einem vollen Stadion kann etwas wachsen, was über den Moment hinausweist.

Wer Öffentlichkeit und öffentliche Meinung zähmen will, braucht die Leitmedien, immer schon. Heute braucht er auch Zäune im Internet – so hoch, dass niemand fragt, warum die Weltansichten dort nicht weniger plausibel sind als *Tagesschau*, *Süddeutsche*, *Spiegel*. Wir kennen diese Zäune. Netzwerkdurchsetzungsgesetz. EU-Verhaltenskodex gegen Desinformation. Polizeieinheiten von *NewsGuard* bis zu den *Faktencheckern*. Bald die *Chatkontrolle*.

Über die Straße muss ich hier nichts schreiben. Jeder hat erlebt, wie Demonstrationen delegitimiert wurden. Wer heute so protestiert, rennt gegen Wahrnehmungsmauern. Chaoten, Rechte, Nazis. Lasst sie doch spazieren. Wenn es zu viele werden sollten, verordnen wir einfach wieder Masken. Mit Sport, Spielen, Partys ist das schwieriger.

Der Profifußball hat vorgemacht, wie sich die Masse einfangen lässt. Ticketpreise nach oben und sofortiges Dröhnen aus den Lautsprechern, wenn sich die Fanseele gegen Verein, Trainer, Spieler wenden könnte. Die Plakate der Ultras werden im *Pay-TV* einfach nicht gezeigt.

Es ist kein Zufall, dass gerade die beiden größten Musik-Acts dieses Sommers unter Beschuss stehen. Anders als Roger Waters spricht Till Lindemann auf der Bühne wenig oder gar nicht. Es gibt dort keine Politik und keine Systemkritik, jedenfalls nicht explizit. Die Botschaft heißt Rammstein. Ein Welterfolg aus dem Osten, der die Netzwerke aus dem Westen nicht gebraucht hat und auf Deutschland genauso pfeifen kann wie auf Amerika, auf den Kapitalismus und überhaupt auf alles, was heute politisch korrekt ist. Das darf nicht mehr sein. Mein Herz brennt.

Michael Meyen, geboren 1967 auf Rügen, ist Diplom-Journalist und Professor für Kommunikationswissenschaft in München.

Die ersten 20 Artikel unserer Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unab abschaffbaren Grundrechte:

Artikel 1
(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 2
(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Artikel 3
(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Artikel 4
(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 5
(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Artikel 6
(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.
(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.
(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.
(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

Artikel 7
(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.
(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.
(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.
(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.
(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.
(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

Artikel 8
(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

Artikel 9
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.
(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.
(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

Artikel 10
(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.
(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

Artikel 11
(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.
(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

Artikel 12
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.
(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Artikel 12a
(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivildienstverband verpflichtet werden.
(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.
(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.
(4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen

Art. 146 Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit [erst] an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.

herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.
(5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfalle können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.
(6) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

Artikel 13
(1) Die Wohnung ist unverletzlich.
(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.
(3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.
(4) Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.
(5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.
(6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.
(7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

Artikel 14
(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Artikel 15
Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Artikel 16
(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.
(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

Artikel 16a
(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.
(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.
(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.
(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernsthafte Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.
(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

Artikel 17
Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

Artikel 17a
(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.
(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

Artikel 18
Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Artikel 19
(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.
(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.
(3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.
(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

Artikel 20
(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

Die Zeitung des Grundgesetzes kommt im dezenten Umschlag.

BIS ZUM UMFASSENDEN SIEG
ABONNIEREN SIE DIE ZEITUNG DER LIBERALEN OPPOSITION

Diese Zeitung ist von einem informativen Flugblatt zu einer der auflagenstärksten Wochenzeitungen gewachsen. Seit der ersten Ausgabe vom 17. April 2020 ist sie keiner Partei verpflichtet und als weit verbreitetes Druckerzeugnis nicht mehr aus der Welt zu löschen. Wir verkaufen keine Daten und sind zu Konzernen, Regierungen und Mäzenen auf Distanz.

Wir haben den Widerstand als unabhängige Zeitung im Jahr 2020 für alle etabliert. Auch 2023 wollen wir wollen wir vermeintlich größere Zeitungen in jeder Hinsicht überholen! Das ist möglich aufgrund der Unterstützung von Zehntausenden einzelnen Spendern und freiwilligen Verteilern, denen die Verbreitung von Kenntnis in der Bevölkerung in Form dieser gedruckten Zeitung wichtig ist. Dafür danken wir! Dazu beliefern wir Zehntausende Einzelabonnenten, die auf dem Laufenden bleiben. Immer 5 Wochen in Folge, dann 1 Woche Druckpause.

Die kommende Ausgabe DW 137 erscheint am Samstag 24. Juni 2023!

SO GEHT ES:

1. Ein Jahresabonnement abschließen auf unserer Seite demokratischerwiderstand.de
2. Ein Quartalsabo abschließen auf unserer Seite demokratischerwiderstand.de
3. Fünf Ausgaben per Postbestellung.

BEGINNER-ABONNEMENT FÜR DEMOKRATIELIEBHABER

• Wenn Sie die kommenden 5 Ausgaben per Post im Einzelabonnement von uns zugeschickt bekommen möchten, legen Sie gern diesen ausgefüllten Coupon zusammen mit 15,- EUR in einen frankierten Briefumschlag und senden diesen an die Adresse des Unterstützervereines (siehe unten). • Bitte in DRUCKBUCHSTABEN ausfüllen, danke!

NAME	_____
TELEFON + E-MAIL	_____
STRASSE, HAUSNUMMER	_____
POSTLEITZAHL UND ORT	_____

DW-Zeitung
Postfach 35 02 16
10211 Berlin